



# Hochschulpolitik für die Zukunft?



**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

September  
2022

## Hochschulpolitik für die Zukunft?

- 3 **Hochschulinnovationsgesetz beschlossen**  
von Eduard Meusel
- 5 **Studie »Hochschule in krisenhaften Zeiten«  
Individualisierte Verantwortung und Entfremdung**  
von Kilian Gremminger
- 7 **Hochschule und Wissenschaft im Koalitionsvertrag (2021-2025)  
Das Dogma vom Wachstum**  
von Magnus Treiber
- 8 **»Lübecker Erklärung« der Kultusministerkonferenz  
Wissenschaft: Rassistischer Blickwinkel und  
kontraproduktive Kontaktblockade**  
von Kilian Gremminger
- 9 **Auch Kriegsgeflüchtete aus Drittstaaten brauchen Schutz**  
Kilian Gremminger interviewt Safae Lahboub und Olaya Chbouki
- 10 **Wo Sozialforschung noch verpflichtet – die »Bluefields  
Indian and Caribbean University« in Nicaragua**  
von Magnus Treiber

## Was es sonst noch gibt

- 12 **SuE-Tarifergebnis und Inklusion**  
Kommentar zum Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE)  
von Günther Schedel-Gschwendtner
- 13 **Die Waffen nieder!**  
Einschätzungen zum Ukraine-Krieg  
von Irmgard Freihofer und Reinhard Frankl
- 14 **Leser\*innenbriefe**
- 15 **Berichte**
- Guter Ganztags – das Beste aus Schule und Jugendhilfe!
  - Wir gratulieren: Gesamtbetriebsrat und Gesamtschwerbehindertenvertretung des bfz in Coburg für Deutschen Betriebsräte-Preis nominiert
  - GEW Bayern ist Erstunterzeichnerin des »Pakts für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Bayern«
  - Rüstungsforschung trotz Zivilklausur?!
  - »Nein!« zu 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr
- 18 **aus der GEW**
- Jahresseminar und Mitgliederversammlung der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung
  - Für gute Arbeit in der Bildung und eine offene Gesellschaft  
GEW Unterfranken wählte neuen Vorstand
  - Mitteilung der GEW Bamberg: Neuer Vorstand
  - Aktivenkonferenz 2022 in Präsenz
  - GEW Erlangen zieht Bilanz und wählt neuen Kreisvorstand
  - GEW Würzburg ehrt Mitglieder für ihr Engagement
  - Landesvorsitzende Martina Borgendale zu Gast bei der GEW Schwandorf

## Rubriken

- 21 **Veranstaltungen**
- 23 **Geburtstage und Jubiläen**
- 24 **Kontakte**

### Liebe Kolleg\*innen,

wegen der dynamischen Situation hinsichtlich des Infektionsschutzes und ihrer Auswirkungen können gba-Seminare im Moment leider nur mit wenig Vorlauf und per E-Mail an GEW-Mitglieder ausgeschrieben werden. Bitte achtet deshalb bei Interesse darauf, dass der Mitgliederverwaltung eure aktuelle Adresse vorliegt, und teilt diese doch im Zweifelsfall gerne nochmals mit: [mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de)

GEW Bayern

### Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter [gew-bayern.de/anmeldung](http://gew-bayern.de/anmeldung) selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: [mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de). Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.



## Hochschulpolitik für die Zukunft?

Ja, die Ampelregierung hatte genau dies vor. »Für die Lösungen der großen gesellschaftlichen Herausforderungen benötigen wir eine starke Wissenschafts- und Forschungspolitik«, heißt es im Koalitionsvertrag angesichts der langen Liste der Herausforderungen. (S. 16; vgl. S. 7 in dieser DDS)

Erforscht werden müssten u. a. der zielfördernde Umgang mit der Klimakrise, der massive Rückgang der Biodiversität, die Destabilisierung der Demokratie, die Möglichkeiten der Friedensförderung sowie die Folgen der Coronapandemie. International vernetzt müsste diese Forschung sein, interdisziplinär die Lösungsansätze. Das Geld dafür sei da: »Mit einer modernen Förderpolitik sorgen wir für einen erfolgreichen Aufbruch in ein Innovationsjahrzehnt«, schrieben die Koalitionäre in spe in ihren Vertrag. (S. 17) Konkret bedeutete dies: »Wir werden die institutionelle Förderung von Deutschem Akademischem Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) analog zum Pakt für Forschung und Innovation erhöhen.« (S. 19) Doch dann kam alles anders. Der Wehretat wurde im Schnellverfahren auf zukünftig zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht. Geld, das nun fehlt, auch für die Wissenschaft und Forschung. Zu spüren bekommt dies z. B. der DAAD. Das Auswärtige Amt meldete Anfang Juli nach Beschluss des Bundeskabinetts, sein Budget würde erheblich gekürzt. Die Folgen: Die Hälfte der Stipendien für ausländische Studierende, Promovierende und Forschende wird wohl gestrichen, die Mittel für die Betreuung internationaler Studierender an den Hochschulen werden vermutlich halbiert. Auslandsstipendien stünden nicht mehr in vollem Umfang zur Verfügung, Vortrags- und Kongressreisen, Sommer- und Winterkurse würden nicht mehr gefördert, wenn der Bundestag dem Haushaltsentwurf 2023 des Kabinetts im September zustimmt. Dies wäre dann keine zukunftsweisende Hochschulpolitik, sondern ein weiteres politisches Versagen.

Dorothea Weniger

### Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder derzeit nur nach Terminvereinbarung.

Dazu bitte E-Mail senden:

[rechtsstelle@gew-bayern.de](mailto:rechtsstelle@gew-bayern.de) • Tel.: 089 544081-14

Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

#### Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern  
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810

E-Mail: [info@gew-bayern.de](mailto:info@gew-bayern.de) • [gew-bayern.de](http://gew-bayern.de) • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)

Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger, Neumarkter Str. 22, 81673 München

E-Mail: [dorothea.weniger@gew-bayern.de](mailto:dorothea.weniger@gew-bayern.de)

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Kilian Gremminger, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Magnus Treiber, Chrissi Wagner, Wolfram Witte

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: IMAGO / fStop Images

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994

Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München

☎ 089 5029994, E-Mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.

Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser\*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

# Hochschulinnovationsgesetz beschlossen



Kundgebung gegen das Hochschulinnovationsgesetz am 1. Dezember 2020

**Am 21. Juli beschloss der Bayerische Landtag das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG), das seit Jahren in der Kritik stand und sich immer wieder heftigen Protesten ausgesetzt sah. Trotz einiger Nachbesserungen im Vergleich zum Entwurf kritisiert die GEW Bayern das Gesetz weiterhin.**

Verglichen mit dem letzten Entwurf aus dem Jahr 2021 wurde das Gesetz in einigen Punkten entschärft. Dies betrifft insbesondere die interne Organisationsstruktur der Hochschulen. Für ihre Umgestaltung hätte es in der vorausgehenden Fassung keine verfassungsrechtliche Grundlage gegeben.

## Strukturen bleiben undemokratisch

Von daher ist die Rückkehr zu den bisherigen Regelungen zu begrüßen. Gleichzeitig ist der aktuelle Status quo immer noch weit von einer wirklich demokratisch und partizipativ gestalteten Hochschule entfernt. Die bayerische Staatsregierung hat mit dem Gesetz die Chance verpasst, durch eine stärkere Einbindung nicht professoraler Statusgruppen die Hochschulen für die Anforderungen und Aufgaben der heutigen Zeit zu rüsten und zukunfts-

fähig zu machen – und das obwohl das Gesetz den Begriff »Innovation« in seinem Namen so prominent vor sich herträgt. Aus zahlreichen Untersuchungen und selbst aus den Erfahrungen betriebswirtschaftlichen Handelns in den letzten Jahrzehnten geht klar hervor, dass gerade flache Hierarchien und die Einbindung aller an einem Prozess Beteiligten die größte Triebkraft für Neuerungen und bisher nicht gekannte Problemlösungen darstellen. Dies ist umso misslicher, als das Gesetz in einzelnen Bereichen sehr wohl die Nähe zu modernen Betriebsformen sucht (Stichwort: »Gründergeist«). Das Ergebnis einer solchen Mischung ist ein rückwärtsgewandtes Modell, das wissenschaftliche Eigenständigkeit und Initiative eher verhindert denn fördert und in keiner Weise den heutigen Lebenswelten entspricht. Wer frei forschen und lehren und dabei neue Ergebnisse erzielen will, benötigt von Beginn der akademischen Laufbahn an eine Unabhängigkeit, die es strukturell zu gewährleisten gilt. Eine weiterhin streng hierarchische Struktur gepaart mit einer stark ausgeprägten Prekarität aller nicht professoralen Statusgruppen verschärft dagegen die Abhängigkeiten und Unsicherheiten. Man könnte aus diesem Grund mit gleichem Recht von einem »Innovationsverhinderungsgesetz« sprechen.

## Unterfinanzierung gefährdet »kleine« Fächer

Weiterhin als höchst problematisch ist die starke Fokussierung auf die Akquisition von Drittmitteln sowie andere Finanzierungsquellen zu sehen. Bedenkt man die nach wie vor massive Unterfinanzierung, erzeugt dies einen starken budgetären Druck auf die Hochschulen, der diese zu marktwirtschaftlichem Handeln zwingt und ökonomische Rentabilität über die Aufgaben der Lehre und der zweckfreien Forschung stellt. Darunter leiden insbesondere weniger drittmittelfähige Studiengänge und Fächer, denen in der Konsequenz das Aussterben droht – insbesondere da der Staat die Einrichtung und Abschaffung von Studiengängen allein dem Hochschulrat und damit zur Hälfte nicht der jeweiligen Hochschule angehörigen Personen überlassen will. Eine ministeriale Kontrolle ist nicht vorgesehen, lediglich eine Unterrichtung des Ministeriums über den Vorgang. Dass sich aber selbst die bestehenden Selbstverwaltungsgremien zur Wahrung der Fächervielfalt und zum Schutz kleinerer, vor allem geistes- und sozialwissenschaftlicher Fächer als vergleichsweise wenig effektiv erwiesen haben, zeigen Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, etwa an der Universität

Halle-Wittenberg, wo ganze Institute und Fachbereiche vor dem Aus stehen. Der Freistaat Bayern setzt damit seine breit gefächerte Hochschul- und Wissenschaftslandschaft aufs Spiel. Um diesem Problem entgegenzusteuern und wirksame gesetzliche Instrumentarien zu entwickeln, wäre die intensive Miteinbeziehung staatlicher Stellen wie etwa der Arbeitsstelle »Kleine Fächer«, unterschiedlicher Fachverbände oder aber fachspezifischer Zusammenschlüsse wie der Initiative Geistes- und Sozialwissenschaften nötig gewesen und ist immer noch notwendig. Dies gilt künftig auch für die Ausarbeitung der einzelnen Hochschulverträge. Darüber hinaus könnten auch eine gesetzlich verankerte Verpflichtung des Staates für eine auskömmliche Grundfinanzierung sowie eine Begrenzung des Drittmittelvolumens positive Auswirkungen haben.<sup>1</sup>

## Prekäre Beschäftigung weiterhin ungelöst

Weiter ohne Lösungsansätze verbleibt das Problem der prekären Beschäftigungsverhältnisse und der mangelnden Berufsaussichten von Wissenschaftler\*innen. Dies ist eine kaum zu überschätzende Schwäche des BayHIG – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen öffentlichen Debatten im Rahmen von #ichbinhanna und den Überlegungen zu einer Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Hier ist zu konstatieren: Das bestehende Problem (u. a. eine Befristungsquote von 92 Prozent beim wissenschaftlichen Personal) ist nicht allein ein bundespolitisches, das nur durch die Rahmenbedingungen etwa des WissZeitVG vorgegeben würde. Vielmehr besteht es auch in landespolitischen Versäumnissen, wie beispielsweise einer mangelnden Verpflichtung der Hochschulen zu schlüssigen und langfristigen Personalkonzepten für eine wissenschaftliche Berufslaufbahn. Das BayHIG versagt hier auf ganzer Linie und präsentiert keine Konzepte zur Lösung des Problems – im Gegenteil: Durch die Neueinführung zahlreicher habilitationsäquivalenter Leistungen wird eine noch größere Unübersichtlichkeit geschaffen, obwohl sich einige Modelle, wie etwa die Juniorprofessur, bereits länger als unbrauchbar erwiesen haben. Auch die im Gesetz vorge-



sehenen Karrierezentren werden an dieser Situation substanzial rein gar nichts ändern, zumal sie an zahlreichen Hochschulen bereits bestehen, dort aber kaum eine signifikante Wirkung zeigten. Es fällt daher schwer, aus dem Gesetz in dieser Hinsicht etwas anderes als ein Desinteresse und eine deutliche Absage an die Nöte und Bedürfnisse von jungen Wissenschaftler\*innen herauszulesen. Stattdessen bedürfte es eines vollumfänglichen Personalkonzepts, das dem Prinzip der wissenschaftlichen und personellen Nachhaltigkeit Rechnung trägt.

## Mitbestimmung – Fehlanzeige

Nicht zuletzt sei erwähnt, dass aufseiten der vielen Personalrätinnen und Personalräte – und hier besonders des nicht wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen – eine große Enttäuschung wahrzunehmen ist. Hatte die Staatsregierung bei der Präsentation des letzten Entwurfs zum BayHIG noch zugesagt, dass auch im Falle einer Änderung der Rechtsform einer Hochschule die Personalangelegenheiten weiterhin eine staatliche Aufgabe darstellen und der Freistaat Bayern damit Dienstherr bleibt, ist davon im Gesetz nun nichts

mehr zu lesen. Insbesondere für das nicht wissenschaftliche Personal hat diese Änderung gravierende Folgen – angefangen von vertretungsrechtlichen (Stichwort: Zuständigkeit des Personalrats) über tarifrechtliche (Stichwort: Gültigkeit des Tarifvertrags) bis hin zu sozialen Konsequenzen (Stichwort: Anspruch auf Dienstwohnungen). Damit könnte sich die Situation von aktuell ca. 40.000 beim Freistaat Bayern Beschäftigten schlagartig verschlechtern und so auch das Vertrauen in den Freistaat Bayern als zuverlässiger Arbeitgeber verloren gehen. Ebenso steht zu befürchten, dass die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Hochschulleitungen und den jeweiligen Personalräten einen irreparablen Schaden erleidet.

von Eduard Meusel

Sprecher der Landesfachgruppe  
Hochschule und Forschung der  
GEW Bayern



Dieser Text ist in ähnlicher Form Bestandteil der »Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Initiative Geistes- und Sozialwissenschaften (Initiative GuS) zur Anhörung mit dem Thema Hochschulinnovationsgesetz im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Bayerischen Landtags am 20. Juni 2022 in München«.

Vgl. auch die Pressemitteilung (PM) der GEW Bayern: »Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz – Innovation nach dem Geist der 90er-Jahre« v. 21.7.2022; gew-bayern.de

Vgl. die PM des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS), des Bundesverbandes ausländischer Studierender (BAS), des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), des freien Zusammenschlusses von student\*innenschaften (fzs e. V.), des Landesausschusses der Studierenden der GEW Bayern und der bayerischen Landesstudierendenvertretung (LAK Bayern): »Hochschulreform in Bayern. Breites Bündnis kritisiert Studiengebühren für internationale Studierende« v. 20.6.2022; bdwi.de

<sup>1</sup> Die Relevanz dieser Problematik verdeutlicht eine Petition, in der im Vorfeld des Gesetzes knapp 9.000 Wissenschaftler\*innen aus den Geistes- und Sozialwissenschaften ihre Bedenken gegenüber den Plänen der Bayerischen Staatsregierung zum Ausdruck brachten.

Studie »Hochschule in krisenhaften Zeiten«

# Individualisierte Verantwortung und Entfremdung



Online-Vorlesung für Erstsemester Physik an der Uni Dortmund

Foto: IMAGO / Olaf Döring

Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronapandemie verschafften in den letzten zwei Jahren vielen krisenhaften Zonen unserer Gesellschaft mehr Sichtbarkeit. So sahen wir beispielhaft Arbeitskräfte im Gesundheitswesen, in den Kitas, beim Bodenpersonal von Fluggesellschaften oder in Schulen, die bis zur maximalen Belastungsgrenze und darüber hinaus schufteten mussten. Auch Hochschulen waren massiv von der Pandemie und den politischen Maßnahmen betroffen, weswegen im Folgenden die Studie »Hochschule in krisenhaften Zeiten«<sup>1</sup> vorgestellt wird, welche sich mittels einer qualitativ-explorativen Längsschnitterhebung mit dem Erleben der Pandemie von Lehrenden, Forschenden und Studierenden auseinandersetzt.

Die von der Max-Traeger-Stiftung geförderte Studie »Hochschule in krisenhaften Zeiten«, verfasst von Dr. Hanna Haag und Dr. Daniel Kubiak, möchte ein sozialwissenschaftliches Licht auf die pandemisch bedingte Alltagswelt von Lehrenden, Forschenden und Studierenden während der Coronapandemie werfen. »Qualitativ-explorativ« verweist auf die Erhebung der Daten und ihre

Auswertung: Mithilfe von Gruppendiskussionen und Einzelinterviews soll ein Einblick in die Arbeitspraxis der unterschiedlichen Gruppen erreicht werden, um speziell das veränderte Hochschulleben, die Lehrsituation und die (Un-) Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf/Studium in den Blick zu nehmen. Längsschnittdaten, erhoben an drei Zeitpunkten der Pandemie, sollen helfen, die Entwicklung dieser Faktoren im Pandemieverlauf besser nachvollziehen zu können. Vor dem Hintergrund der Analyse der Situation an den Hochschulen entwerfen Haag und Kubiak im letzten Teil konkrete Handlungsempfehlungen, vor allem für die Bereiche, in denen sich neue Chancen abzeichneten, z. B. bei den digitalen Kompetenzen.

## Individualisierte Verantwortung in der Lehre

Eines wurde allen Hochschulmitgliedern während den Semesterferien im März/April 2020 schnell klar: Das Sommersemester 2020 wird digital stattfinden. Weniger klar war jedoch, wer für die Organisation dieser Mammutaufgabe die Verantwortung übernehmen

würde und was alles bei digitaler Lehre zu beachten sei, vor allem hinsichtlich der enormen Veränderung bezüglich didaktischer Voraussetzungen. Welches Konferenzprogramm braucht es zur Durchführung eines Onlineseminars? Worauf muss datenschutzrechtlich geachtet werden? Wie berücksichtigt man zurückhaltende Studierende, welche ihre Kamerafunktion nicht anschalten? Die Liste der offenen Fragen, die teilweise bis heute (August 2022) nicht befriedigend beantwortet wurden, könnte unendlich weitergeführt werden.

Bezüglich der Verantwortung konnte die Studie nicht eindeutiger ausfallen: Die Lehrenden sind in der Pflicht, das Hochschulmanagement macht nichts. Nachdem die Bundesregierung den Lockdown verkündete, reagierten die Hochschulbürokratien ungewohnt rasch; es kam zu einheitlichen Top-Down-Entscheidungen vonseiten der Hochschulleitung, wobei die Dozierenden nun schnellstens auf eigene Faust ein Digitalsemester vorzubereiten hatten. Die benötigte Weiterbildung erfolgte überwiegend individuell oder im Teamwork zwischen den Kolleg\*innen. Anerkennung für diesen zusätzlichen Aufwand gab es kaum. Dass die aller-

meisten Dozierenden erstaunlicherweise von einer funktionierenden Umstellung auf Digitallehre berichteten, wirft ein Licht auf die gewöhnliche Lehrsituation an Hochschulen. So zeichnen sich Lehrende in ihrer Lehrtätigkeit charakterlich durch Widerstand und Eigensinn aus, denn die »Managerialisierung« der Hochschulen, die seit Jahrzehnten stattfindet, führte schon vor der Pandemie zur Krise der Lehre aufgrund fehlender struktureller Unterstützung. Lehrende waren also schon vorher auf sich allein gestellt und mussten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Spielräume suchen, um überhaupt Lehre anbieten zu können. So konnte dann auch die Hochschulrektorenkonferenz von ihr während der Pandemie behaupten, dass »es doch läuft«.

In der möglichen Ausweitung der digitalen Lehre sehen zudem viele prekär Beschäftigte des akademischen Mittelbaus, also zumeist die auf befristeten Stellen unterhalb der Professur, die Gefahr, dass sich ihre Prekarisierung noch weiter verschärfen könnte. Entscheiden sich die Hochschulen auch nach Corona für mehr Onlinelehre, könnten, jedenfalls aus Sicht sparsam kalkulierender Hochschulmanager\*innen, einzelne Dozierende noch mehr Studierende gleichzeitig betreuen oder ausschließlich Videocasts über mehrere Semester eingesetzt werden. Dadurch stünde eine weitere Verschärfung der Stellensituation von Lehrenden im Raum, was einige Interviewte schon präventiv ängstigt.

## Überlappende Krisen bei Studierenden

Wie gut die Pandemie aus studentischer Sicht verlief, hing zu einem beträchtlichen Teil mit der jeweiligen Beschäftigungssituation zusammen. Wer eine »systemrelevante« Arbeit neben dem Studium ausübt, beispielsweise im Gesundheitswesen, musste keine finanziellen Einbußen hinnehmen. Ähnlich ging es auch den Studierenden, die an ihrer Hochschule oder an einer Forschungseinrichtung nebenbei beschäftigt waren; diese Tätigkeiten werden als »krisensichere Jobs« von den Interview-



Studierende nehmen in einem Zelt an einer Online-Vorlesung teil. Foto: IMAGO / Olaf Döring

ten beschrieben. Ein gänzlich anderes Bild zeigt sich bei denjenigen, die in der Gastronomie, in Museen oder in anderen Kultureinrichtungen neben dem Studium arbeiten. Hier fielen wegen der Maßnahmen massenweise Nebenjobs weg, eine Studierende berichtet sogar davon, dass sie allein in den ersten Monaten der Pandemie drei unterschiedliche Jobs aufgeben musste und mittlerweile zwei Nebenjobs gleichzeitig ausübt, um über die Runden zu kommen. Diese Belastung geht oft einher mit einer Verschlechterung der Vereinbarkeit von der Arbeit mit dem Studienplan, da in der Krise jeder Job angenommen werden musste. Die zeitliche Aufteilung der Tätigkeiten wurde dabei zur Nebenzpriorität, denn für viele ging es schlichtweg ums nackte Überleben.

Zu den finanziellen Ängsten traten im Laufe der Pandemie dann mehr und mehr die sozialen und psychischen Herausforderungen hinzu; man könnte fast von einer kollektiven Entfremdungserfahrung sprechen, die sich teilweise über mehrere Semester streckte. Studierende berichten von Einsamkeitsercheinungen, da sich das gesamte studentische Leben auf das eigene Zimmer beschränkte. Emblematisch für diese allgemeine Distanzierung zwischen Lehrenden, Studierenden und der Hochschule als sozial-physischem Ort des Erlebens steht folgende Aussage: »Ich brauche trotzdem die Menschen um mich herum, damit ich weiß, ok, wir sind alle auf der gleichen Wellenlänge, wir sind alle für das gleiche Ziel hier, wir haben alle vielleicht die ähnlichen Schwierigkeiten und das hatte ich im Online nicht. Also ich wusste nicht, mit wem ich in einem Kursraum gerade bin, ich wusste nicht, wer die Menschen sind.«<sup>2</sup>

Ohne die Menschen um einen herum, ohne die Unterhaltung in der Pause, ohne einen gemeinsamen Mensabesuch fallen gewohnte soziale Erfahrungen unter den Tisch – und auch bisher eingeübte Routinen, jedenfalls bei denen, die schon einmal präsent an der Hochschule sein konnten. Nicht wenige berichten in diesem Zusammenhang von einem psychischen »Loch«, in das sie irgendwann fielen, da alle Studierenden während der sozialen Isolation allein Alltagsroutinen aufbauen mussten, was vielen zunehmend sehr schwer fiel.

## Handlungsempfehlungen für die Lehre

Eine der vielen Empfehlungen der Autor\*innen der Studie betrifft die Organisation und den Stellenwert von Lehre. Die Pandemie veranschaulichte in verschärftem Maße, welche wichtige Rolle Lehre für den Arbeits- und Studienalltag der allermeisten Hochschulmitglieder einnimmt. Die pandemische Lebenswelt war in hohem Maße von Lehre und der Auseinandersetzung mit ihr geprägt. Aus diesem Grund fordern die Autor\*innen einen Wandel weg von individualisierter Aneignung didaktischer Fähigkeiten. Da nun einmal mehr die Lehre als Grundpfeiler akademischen Lebens und Lernens sichtbar wurde, müssen didaktische und pädagogische Inhalte bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Personals stärker berücksichtigt werden. Es kann nicht angehen, dass bereits überlastetes Personal in der verbleibenden Freizeit überlegen muss, wie es die kommenden Lehrveranstaltungen organisiert.

### von Kilian Gremminger

Mitglied der Fachgruppe  
Hochschule und Forschung  
Mitglied der DDS-Redaktion



1 Download unter gleichem Titel: gew.de  
2 Haag/Kubiak: Hochschule in krisenhaften Zeiten. 2022, S. 56

# Das Dogma vom Wachstum



Foto: IMAGO / Panthermedia

## Die Koalitionsparteien planen den Fortschritt. Für Wachstum, Innovation und Kulturwandel muss auch die Wissenschaft ran.

Als die Parteien der Ampelkoalition, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen; im Dezember 2021 einmütig ihren Koalitionsvertrag<sup>1</sup> unterzeichnen, haben sie eine Umgestaltung der Gesellschaft im Blick, die im Wesentlichen auf Klimaschutz, Digitalisierung und sozialen Frieden abzielt. »Wir machen aus technologischem auch gesellschaftlichen Fortschritt« (S. 15), heißt es ganz im Duktus der frühen Moderne. Wissenschaft kommt in diesem Großprojekt eine besondere Rolle zu. Bis 2025 sollen die gesamtstaatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen. Und so werden die Vertragspartner nicht müde, die beabsichtigte politische Umsetzung an wissenschaftliche Expertise zu diesem oder jenem Themenaspekt zu knüpfen. Fast 40 Mal fällt der Begriff »Wissenschaft« in verschiedenen Wortverbindungen. Da geht es etwa um Biotechnologie, Sachverständigenräte oder das Monitoring einer »Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt« (S. 37). Das klingt nach Aufwertung einer Wissen-

schaftslandschaft, die in der Pandemie Profil und Öffentlichkeit gewann (mit Drogen oder BioNTech), die aber auch seit Langem warnt und mahnt, ohne ausreichend gehört zu werden (etwa in Sachen Klimakatastrophe). Wissenschaft soll also Antworten liefern und Lösungsvorschläge erarbeiten und für diese Rolle freilich selbst gestärkt werden. Im Rahmen der ausgerufenen Modernisierungsstrategie heißt es daher: »Die öffentlichen Investitionen insbesondere in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung werden wir im Rahmen der bestehenden Schuldenregel des Grundgesetzes gewährleisten, Anreize für private Investitionen setzen und Raum für unternehmerisches Wagnis schaffen, um so Wachstum zu generieren.« (S. 5)

Es wird im Wesentlichen also auf Bekanntes gesetzt: die unternehmerische Hochschule, »zukunftsweisende Großforschungsanlagen« (S. 20), Ausgründungen, die hier zu einem »benötigte[n] Kulturwandel« erklärt werden, »Leuchttürme« (S. 21) und »Exzellenzstrategie« (S. 22). Nun ja, Bekanntes eben. Selbst die »[f]reie, Neugier getriebene Grundlagenforschung« (S. 22) macht eigentlich nur noch als Kreativpotenzial für Innovation, Transfer und Wachstum Sinn. »Die Grenzen

des Wachstums« – wie 1972 vom »Club of Rome« formuliert – oder die mögliche Rolle schlecht vernutzbarer Disziplinen, insbesondere in den Kultur- und Geisteswissenschaften, werden nicht weiter thematisiert.

Immerhin bekennt man sich zu Forderungen, die die GEW seit Langem vertritt: die Reform des kürzlich evaluierten Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, das Arbeitsverhältnisse an Hochschulen sachgrundlos befristet und junge Wissenschaftler\*innen prekariert<sup>2</sup>, die Notwendigkeit akademischer Dauerstellen und alternative Karriere-möglichkeiten jenseits der Professur. Indes, in Kriegszeiten könnten, wie schon so oft, die Präferenzen anders liegen. Hauptsache, wir wachsen.

### von Magnus Treiber

wissenschaftlicher Mitarbeiter  
am Institut für Ethnologie  
Universität München  
Mitglied der DDS-Redaktion



<sup>1</sup> Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). Download: bundesregierung.de

<sup>2</sup> Emmerich, Nadine: WissZeitVG. Ziel verfehlt. Vgl. gew.de v. 8.7.2022

»Lübecker Erklärung« der Kultusministerkonferenz

# Wissenschaft: Rassistischer Blickwinkel und kontraproduktive Kontaktblockade

**In der DDS 7-8 setzte sich die GEW-Bundesvorsitzende Maïke Finern mit der »Lübecker Erklärung« unter dem Gesichtspunkt »Schule« auseinander. Die folgende Stellungnahme ist eine kritische Auseinandersetzung mit ausgewählten wissenschafts- und hochschulpolitischen Aspekten.**

Im Zuge des seit Februar 2022 tobenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine gab die Kultusministerkonferenz in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und einer Allianz von Wissenschaftsorganisationen am 10./11. März in Lübeck eine Erklärung ab. Diese regelt u. a. maßgeblich den Umgang mit Forschenden und Studierenden, die aufgrund des Krieges aus der Ukraine nach Deutschland flüchten mussten und noch müssen.

Das Bestreben, ukrainischen Studierenden auf unbürokratischem Wege ein Studium an deutschen Hochschulen zu ermöglichen, ist sehr lobenswert. Auch die Verknüpfung mit einem kostenfreien Zugang zu Sprachkursen ist unterstützenswert, wobei sich an dieser Stelle auch ein erstes Fragezeichen aufdrängt: Wie sollen die Hochschulen und Studierendenwerke diesen enormen Mehraufwand finanziell und organisatorisch stemmen, wo doch die Hochschullandschaft unter jahrzehntelanger chronischer Unterfinanzierung leidet? Hier fehlt ein klares Bekenntnis von Bund und Ländern zu einer umfangreichen Finanzierung.

Zu kritisieren ist auch die diskriminierende Einseitigkeit der Bereitschaft zur Erteilung des Aufenthaltsrechts nur für Geflüchtete mit ukrainischem Pass.<sup>1</sup> Erfüllen beispielsweise die 16.000 afrikanischen Studierenden (Angaben der südafrikanischen Botschaft), die ihr Studium in der Ukraine absolvierten, bestimmte Bedingungen nicht, steht ihnen nur eine kurze Verweildauer in Deutschland zu. Danach werden diese Kriegsgeflüchteten in ihre Herkunftsländer abgeschoben, während man mit der »passenden« Nationalität, also der ukrainischen, unbürokratisch aufgenommen wird. Den Gleichheitsansprüchen der deutschen Hochschulgemeinschaft entspricht diese menschenverachtende Zweiteilung nicht.

Die Erklärung befasst sich auch mit den Beziehungen zwischen deutschen bzw. westlichen und russischen Forschenden, wobei die Message eindeutiger nicht sein könnte: Will man Putin stoppen, müssen demnach alle Beziehungen zu russischen Forschenden und ihren Institutionen auf Eis gelegt werden. Dieser Ansatz trifft aber die Falschen und leistet obendrein eher der Machterhaltung Putins als dessen Schwächung Vorschub. Was also bewirkt eine einseitige wissenschaftspolitische Abschottung, wie sie in der Erklärung proklamiert wird? Zuerst betrifft sie die Forschenden, die bisher am stärksten mit dem Westen vernetzt waren. Sie sammelten Auslandserfahrung und gehören dadurch wohl eher der Gruppe russischer

Wissenschaftler\*innen an, die sich gegenüber dem Kreml kritisch positionierten. Wer bisher keine Kontakte ins westliche Ausland pflegte, dem können die Sanktionen schlichtweg egal sein. Die Sanktionen treffen also überwiegend die, die sich für eine internationale Kooperationsgemeinschaft zwischen Forschenden und Studierenden einsetzten. Wie der Wegfall dieser kulturellen Brücke nach Russland Putin schwächen soll, erscheint mehr als fragwürdig.

Anstelle einseitiger, nicht durchdachter Solidarität, die oftmals die eigentlich intendierten Ziele verfehlt, braucht es mehr politischen Willen zur Kooperation über Grenzen hinweg, unabhängig von Nationalität und Hautfarbe. Putins Diktatur samt seinem Krieg sind von grausamstem Charakter; Abschottung und Isolation sind aber nicht die richtigen Antworten darauf.

**von Kilian Gremminger**

Mitglied der Fachgruppe  
Hochschule und Forschung  
Mitglied der DDS-Redaktion



Kilian Gremminger führte für die DDS auch das Interview auf der nächsten Seite mit zwei marokkanischen studentischen geflüchteten Frauen.

<sup>1</sup> FAQ: Wissenswertes für Geflüchtete aus der Ukraine. Stand: 1.7.2022, S. 9 und 23; vgl. [integrationsbeauftragte.de](http://integrationsbeauftragte.de)



## Auch Kriegsgeflüchtete aus Drittstaaten brauchen Schutz

Studentische Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine, die in Deutschland ankommen, werden aktuell in zwei Klassen geteilt. Während Geflüchtete mit ukrainischem Pass richtigerweise auf unbürokratischem Wege integriert werden (bzw. der Versuch angestellt wird), müssen Studierende aus Drittstaaten beträchtliche Hürden überwinden, um nicht Ende August in ihre Herkunftsländer abgeschoben zu werden. Sind die Herkunftsländer »sicher«, werden die Geflüchteten mit dem »falschen« Pass abgeschoben. Um diese Ungerechtigkeit aufzuzeigen, stellen wir zwei marokkanische Studierende vor, die seit Ende Februar 2022 auf der Flucht sind und nun in Deutschland nach einem neuen Leben suchen.

Name: **Safae Lahboub**  
Alter: **22**  
Studium: **Zahnmedizin**

### Wie sind Sie aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet?

Als wir in Budapest ankamen, waren wir so dankbar für die Hilfe und den herzlichen Empfang durch die Ungarn. Wir blieben zwei Tage dort und dachten über unsere Zukunft nach und was als Nächstes kommt: Ist unsere zahnmedizinische Karriere vorbei? Werden wir nach fünf Jahren Medizinstudium Zahnärzte sein? Daraufhin gelang es uns endlich, nach Deutschland zu kommen. Obwohl wir gut Französisch und Spanisch verstehen, bevorzugten wir Deutschland, weil es das Land ist, in dem man Chancen bekommt, wenn man sie sich verdient.

### Wie wurden Sie in Deutschland empfangen?

Wir sind mit dem Zug von Budapest nach München gefahren, wurden dann aber an der deutsch-österreichischen Grenze von der Polizei kontrolliert. Sie brachten uns auf ihre Station, wo wir dann einer Registrierung unterzogen wurden. Sie waren sehr nett und freundlich zu uns. Später fanden wir uns in einem Lager mit Flüchtlingen aus der ganzen Welt wieder, aber plötzlich kam ein Bus, der uns woanders hinbrachte. Nun begann unsere Reise noch aufregender zu werden, da wir uns endlich Übergangsweise in einem kleinen oberbayerischen Dorf niederlassen konnten. Die Freiwilligen warteten auf uns und halfen uns mit allen notwendigen Dingen.

### Wie sieht Ihr derzeitiger Tagesablauf aus und was erschwert ihn?

Wir sind keine Ukrainer, sondern Marokkaner, die in der Ukraine studiert haben. Natürlich haben wir alles verloren, wie jeder Ukrainer, denn wir hatten unsere Häuser, unsere Arbeit, unser Studium, unsere Freunde, unseren Lebensstil und vor allem unsere Karrieren dort. Wir wollten uns in der Ukraine nie-



derlassen, als wir 2017 dorthin kamen. Aber als wir hier ankamen, waren wir schockiert von der Entscheidung der Einwanderungsbehörde, da uns gesagt wurde, dass wir Deutschland vor dem 31. August verlassen müssen und dass wir in unser Heimatland zurückkehren müssen, weil wir keine »echten« Kriegsflüchtlinge sind. Dann haben unsere geliebten ehrenamtlichen Helferinnen angefangen, nach einer Lösung zu suchen, damit wir drei hier bleiben können. Auch das Krankenhaus tat sein Bestes und sprach mit der Einwanderungsbehörde. So bekamen wir eine dreimonatige Aufenthaltsgenehmigung, während unsere Ausbildung bei den Zahnärzten, die uns mit offenem Herzen aufnahmen, noch nicht akzeptiert wurde. Jetzt fangen wir an, etwas Freude und unseren Lebensstil zurückzubekommen, wie z. B. zu unserer Arbeit zu gehen und im Fitnessstudio zu trainieren. Wir freuen uns darauf, unsere Ausbildung bei den Zahnärzten am 13. September zu beginnen.

### Was erhoffen Sie sich für die Zukunft?

Ich habe eine Stelle in der Ilmtalklinik angetreten, wo ich acht Stunden am Tag arbeite. Alle sind freundlich und wollen helfen. Ich bin froh, dass wir diese Möglichkeit bekommen haben, um produktiv sein zu können. Ich hoffe, dass ich mich hier in Deutschland niederlassen, mein Studium fortsetzen und meinen akademischen Traum verwirklichen kann.

Sie sind zu dritt aus der Ukraine vor dem Krieg geflohen. Olaya Chbouki (links) und Safae Lahboub (rechts), in Marokko geboren, berichten von ihrer Flucht, ihrer aktuellen Situation und ihren Wünschen.

Name: **Olaya Chbouki**  
Alter: **22**  
Studium: **Zahnmedizin**

### Wie sind Sie aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet?

Die Flucht aus der Ukraine war nicht einfach, vor allem nicht für Ausländer. Wir konnten nicht am ersten Tag fliehen, sondern mussten bis zum fünften Tag nach Kriegsbeginn warten, es war eine harte und lange Reise. Wir überquerten die ungarische Grenze und von dort aus nahmen wir den Zug, der uns nach Deutschland brachte.

### Wie wurden Sie in Deutschland empfangen?

Wir wurden in Deutschland herzlich willkommen geheißen. Zuerst hatten wir Schwierigkeiten, eine Unterkunft zu finden. Wir schliefen auf einem Basketballfeld, aber dann hat uns die Regierung Schritt für Schritt an bessere Orte vermittelt. Außerdem hatten wir das Glück, einige großartige Freiwillige kennenzulernen, die sich für uns einsetzten und uns auf dem ganzen Weg halfen. Ohne sie hätten wir es nicht geschafft.

### Wie sieht Ihr derzeitiger Tagesablauf aus und was erschwert ihn?

Ich habe eine Stelle in der Ilmtalklinik (Krankenhaus) angetreten, wo ich acht Stunden am Tag arbeite. Alle sind freundlich und wollen helfen. Ich bin froh, dass wir diese Möglichkeit bekommen haben, um produktiv sein zu können.

### Was erhoffen Sie sich für die Zukunft?

Ich hoffe, mich hier in Deutschland niederlassen und zunächst meine Ausbildung als zahnmedizinische Fachangestellte absolvieren zu können. Und weit in der Zukunft liegt noch der Traum, Zahnärztin zu werden.

# Wo Sozialforschung noch verpflichtet – die »Bluefields Indian and Caribbean University« in Nicaragua

In den 1980er-Jahren galt das revolutionäre Nicaragua nicht zuletzt als ein umfassendes gesellschaftliches Bildungsprojekt, das weltweit Unterstützung fand. 1990 aber verliert die »Frente Sandinista de Liberación Nacional« (FSLN) unter Daniel Ortega die Wahlen; seit seinem erneuten Wahlsieg 2006 ist Ortega ununterbrochen im Amt. Im Frühjahr 2018 gehen Studierende der Universitäten in der Hauptstadt Managua auf die Straße, schnell wird daraus ein regelrechter Aufstand. Mit dessen gewaltsamer Niederschlagung kommen auch internationale akademische Beziehungen zum Erliegen. Nun beteiligt sich die »Bluefields Indian and Caribbean University« (BICU) mit ihren Standorten Bluefields und Bilwi an einem vorsichtigen Neuanfang.

Unter den Augen eines strengen Wachmannes, der Studierende und auch die Delegation aus Deutschland ermahnt, Maske zu tragen und am Eingang die Hände zu waschen, drücken sich junge Leute bis spät abends durch das Campustor der BICU im Fischerstädtchen Bluefields an der nicaraguanischen Atlantikküste. Das Studienprogramm deckt zentrale Fächer ebenso ab wie ausgewählte regionalspezifische: Recht, Ingenieurwesen, Informatik und Management, aber eben auch Tourismus und Hotelwesen, Englisch, Pflege, Ökologie und Meeresbiologie. Letztere verweisen auf erhoffte wirtschaftliche Potenziale, die britische Kolonialgeschichte der karibischen Atlantikküste, das unterfinanzierte Gesundheitswesen und die fortgeschrittene Zerstörung



BICU in Bluefields

der Umwelt durch Brandrodung, Viehzucht und Fischerei. Das spanischsprachige Nicaragua der Pazifikküste breitet sich nach Osten hin aus; inzwischen ersetzt eine von Rinderweiden und Buschfeuern gesäumte Asphaltstraße den einst letzten Reiseabschnitt mit der Flussfähre durch den tropischen Regenwald. Der zweite Standort der Universität in Puerto Cabezas (oder Bilwi in der Sprache der örtlichen Miskitu) im Norden der beiden autonomen Atlantikprovinzen ist noch weiter abgelegen, wird aber immerhin täglich von einer lokalen Fluggesellschaft angefliegen. Die Pfützen auf dem Feldweg zu den Universitätsgebäuden auf freiem Feld sind so groß und so tief, dass man die BICU in Bilwi trockenen Fußes nur im Bus oder im Geländewagen erreichen kann. Studienschwerpunkte sind hier Landwirtschaft und Verwaltung. Vor allem Letzteres erstaunt, denn im Gegensatz zu den staatlichen, privaten und kirchlichen Universitäten im pazifischen Nicaragua ist die BICU eine »Community«-Universität, die den indigenen Gruppen der Miskitu, Rama und Sumu bzw. den Nachkommen aus Sklaverei und autochthoner Bevölkerung der Karibik verpflichtet ist. Stellen im öffentlichen Dienst aber sind rar und schwer zugänglich. Die schmucklosen einstöckigen Universitätsgebäude Bilwis stehen auf gemeinschaftlichem Land. Die Markierungen des Fußball- und Baseballfeldes sind auf dem steinigen Boden kaum zu erkennen. Zum praktischen Studium, vor allem aber



Bluefields – Fischerort und Universitätsstandort  
Fotos: Syncandshare

zur Ernährung lokaler Studierender, die im Gegenzug ein Stipendium und regelmäßige Mahlzeiten erhalten, wurden Gärten und landwirtschaftliche Flächen angelegt. Die Cafeteria im Rohbau wurde noch vor ihrer Fertigstellung Opfer des letzten Hurrikans, nun fehlt erst einmal Geld.

## Abgehängt – der Osten Nicaraguas

Nicaragua hat lange die Gemüter der europäischen Linken bewegt, diesseits wie jenseits des Eisernen Vorhangs. Ein kleines tropisches Land im US-amerikanischen Hinterhof, das sich gegen Diktatur und Imperialismus erhob und den Traum einer sozialistischen Bauern- und Gelehrtenrepublik zu verwirklichen suchte. Vor allem nach dem Sieg über das Somoza-Regime 1979 wuchs eine beachtliche internationale Solidaritätsbewegung heran, die sich mit den ambitionierten Zielen der »Frente Sandinista de Liberación Nacional« – benannt nach dem rebellischen General Augusto Sandino (1895-1934) – identifizierte. Doch das Land brauchte Hilfe. Zahlreiche »brigadistas« besuchten Nicaragua zu freiwilligen Arbeitseinsätzen, intellektuelle Besucher\*innen – darunter Salman Rushdie oder auch Franz Xaver Kroetz – verfassten in den 1980er-Jahren sympathisierende, aber nicht unkritische Reiseerzählungen. Wer auch die Atlantikprovinzen bereiste, beschrieb unweigerlich die frappierende Armut dort. Dass sich daran bis heute wenig geändert hat, trägt zur besonderen Rolle der BICU bei, die als »universidad indigena« einst zur »Befreiung der indianischen Bevölkerung« und deren »Integration in das nationale Leben« gedacht war.<sup>1</sup> Unter dem Kulturminister Ernesto Cardenal entstanden in den 1980er-Jahren in Bluefields und Bilwi Dependancen der Autonomen Nationalen Universität Managua (UNAN), aus denen 1991 – nach der zwischenzeitlichen Abwahl der revolutionären FSLN – die BICU als eigenständige Universität hervorging. Die hier Lehrenden stammen in aller Regel aus den Atlantikprovinzen, sie verstehen sich als Miskitu, Rama oder Garifuna. Gerade junge Dozent\*innen ächzen unter außerordentlich hohen Lehrdeputaten bei beschränktem Einkommen und geringer Aussicht auf förmliche Weiterqualifikation. Gleichzeitig wissen

sie um ihre besondere gesellschaftliche Verantwortung in diesem marginalisierten Teil des Landes. Initiativstipendien zur Exploration und Formulierung eigener Sozialforschungsprojekte regten – im Rahmen eines deutschen Capacity-Building-Projektes<sup>2</sup> – Arbeiten zu gesellschaftlichen Problemen an, die wegen ihrer Sensibilität eigentlich nur von Menschen aus der Region selbst durchgeführt werden können, etwa zur sozio-ökologischen Krise, die durch die gewaltsame Verdrängung indianischer, bäuerlicher Familien entsteht, zum strukturellen Zusammenhang von Hurrikanschäden und Kinderarmut, zu Chancen der Biodiversität am Rio Coco wie zu Verständnissen und Praktiken von Indigenität in den kulturell diversen Atlantikprovinzen.



Unsere Wurzeln wieder herstellen! Motto des BICU-Museums in Bilwi

## Sozialforschung als gesellschaftliche Verantwortung

Die Töne hier sind leiser, als man es aus Nicaragua lange gewohnt war. Dies hat mit methodischen Unsicherheiten in der Forschungskonzeption zu tun, ebenso mit der tiefstehenden Einsicht, auch in wissenschaftlicher Hinsicht abgehängt zu sein, nicht zuletzt, weil die dominante Wissenschaftssprache hier das Spanisch der Pazifikküste ist. Lokale indigene Sprachen wie auch das britisch-karibische Englisch der Region gelten auch unter den Kolleg\*innen

der BICU als verschämter Ausweis mangelnder Kultiviertheit. Die lange schwierige Geschichte der Region und ihr Verhältnis zum pazifischen Nicaragua spielt unweigerlich in die Akademie und die wissenschaftliche Arbeit hinein. Ignoranz und Überheblichkeit der revolutionären FSLN, insbesondere Strafmaßnahmen und gewaltsame Umsiedlungen, trieben hier einst viele Menschen in den Widerstand, auch in die Contra-Milizen. Die Biografien der älteren Kolleg\*innen sind unweigerlich von den Kriegsjahren geprägt und kommen erst nach einer gewissen Vertrautheit zur Sprache, aber auch die jungen entkommen diesem Hintergrund nicht. Sozialforschung ist hier keine unbeteiligte Datenerhebung, sondern immer auch gesellschaftliche Verantwortung.

## Marginalisierung als Chance

Nach dem Aufstand von 2018 und den daraus resultierenden Räumungen, Schließungen, Entlassungen und Neuakkreditierungen ist Nicaraguas Hochschullandschaft heute vor allem damit beschäftigt, überhaupt fortzubestehen, sich neu zu ordnen und zu konsolidieren. Der besondere Community-Auftrag der BICU, ihr Verwobensein mit Bevölkerung und Region und auch ihre relative Marginalisierung mögen sich in dieser Phase als Vorteile erweisen und gewisse Freiräume zulassen. Internationale Verbindungen können dazu beitragen, lokale Forschende und ihre dringlichen Anliegen sichtbar zu machen und aufzuwerten. Auch wenn dieses kleine tropische Land heute sehr viel weiter entfernt scheint als noch vor vierzig Jahren.

### von Magnus Treiber

wissenschaftlicher Mitarbeiter  
am Institut für Ethnologie  
Universität München  
Mitglied der DDS-Redaktion



1 Ministerium für Kultur: Eine Indio-Universität gründen. In: Zimmer, Jürgen (Hg.): Pädagogik der Befreiung. Lernen in Nicaragua. Kösel, München 1983, S. 183-192

2 Finanziert wurde das Projekt durch das Auswärtige Amt, verwaltet von der Max-Planck-Stiftung für Internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit und inhaltlich gestaltet vom Felsberger Institut für Bildung und Wissenschaft e. V. und dem Instituto Martin Luther King der UPOLI Managua (April 2021 - März 2022).

# SuE-Tarifergebnis und Inklusion

## Kommentar zum Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE)

### Lieber SuE,

nun bist Du fast 13 Jahre alt, genauso alt wie die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen – ich gratuliere, und nun frage ich: Wie hältst Du's mit der Inklusion? Dir ist sicher bekannt, dass es da in der BRD je nach Bundesland sogar Rückschritte gibt, da die Zahlen der Kinder in Sondereinrichtungen (v. a. in Schulvorbereitenden Einrichtungen, Heilpädagogischen Tagesstätten und Förderschulen) absolut gestiegen sind. In Bayern sind es weitaus mehr als 50 Prozent der Vorschulkinder mit Behinderungen.

Und da muss Kritik erlaubt sein, zumal sich an Deiner fachlich überholten und diskriminierenden Struktur kaum etwas geändert hat: Die in den Entgeltgruppen S 4 und S 8b bewerteten Kinderpfleger\*innen und Erzieher\*innen erhalten nach wie vor wegen »schwieriger fachlicher Tätigkeit« ein höheres Entgelt als die in Regeleinrichtungen Tätigen. Dabei gibt es keinen Beweis für diese sogenannte »schwierige fachliche Tätigkeit«. Vieles spricht dafür, dass gerade überfüllte Regeleinrichtungen mit ihren teils sehr verschiedenen Kindern und Eltern aus ca. zehn Nationalitäten eher »schwieriger« sind. Dadurch werden nicht nur Menschen mit Behinderung dauerhaft als schwierig abgestempelt, sondern alle Einrichtungen, in denen diese konzentriert werden, in einem tariflichen Sonderstatus gehalten. Und es werden Sonderinteressen des Personals weiterhin bestätigt, ja sogar durch die Verkürzung der Stufenlaufzeiten noch verstärkt.

Inklusion dagegen würde behinderte Menschen nach ihrem Wohnort verteilen und brächte dann aber keinerlei tariflichen Vorteil für die dort Beschäftigten.

Da der Hebel für eine Inklusionswende sicher nicht von den Kommunen kommen dürfte, wäre es wichtig, die in inklusiven Regeleinrichtungen Arbei-

tenden besserzustellen, mindestens aber denen in Sondereinrichtungen anzugleichen, um einen Anreiz für diese schwierige Pädagogik zu schaffen. Darauf zielte auch die Tarifforderung, das Kitapersonal insgesamt nach S 8b bzw. S 4 höher einzugruppieren.

Was dann an Positivem herauskam, sind zwei winzige Fortschritte: Die »schwierige Tätigkeit« wurde um die Fußnote g) erweitert: Eine schwierige Tätigkeit liegt demnach auch dann vor, wenn der Anteil von »Kindern und Jugendlichen mit einem erhöhten Förderbedarf« in gemischten Gruppen bei 15 Prozent liegt. Bloß, wo gibt es diese Gruppen? Und wie schafft man die 15 Prozent auf Dauer? Mit Inklusion im klassischen Sinn hat das wenig zu tun, eher mit einer künstlichen Konstruktion dieser Tarifnorm in »Inklusionsinseln«.<sup>1</sup>

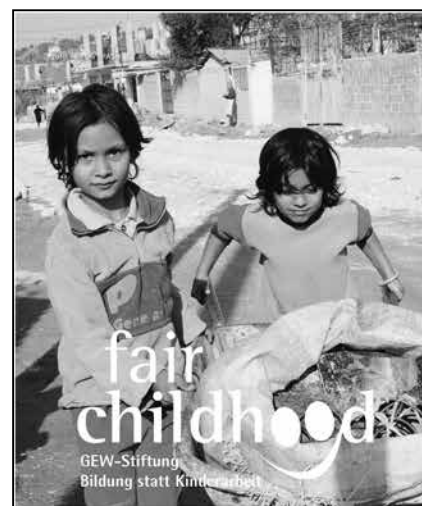
Und der zweite Fortschritt ist, dass die bei Platzreduzierung wegen Kindern mit erhöhtem Förderbedarf drohende Herabstufung der Leitungen von Kitas wenigstens auf dem Papier gestoppt wurde. Damit könnte sich auch ein Eigeninteresse der Leitungen von Kitas an einer fortschreitenden Inklusion ergeben. Leider kollidiert dies immer wieder mit dem Interesse des kommunalen Trägers an möglichst totaler Ausschöpfung der zu belegenden Plätze und muss wohl meist gegen ihn durchgesetzt werden. Hier bleibt es bei dem ständigen Konflikt zwischen Pädagogik und Wirtschaftlichkeit der Kitas, bei dem – ähnlich wie an Schulen – die Inklusion auf der Verliererseite ist.

Fazit: Als Du noch ein Baby warst, SuE, hatten wir richtig große fachliche Hoffnungen in Dich gesetzt – bitte hör nicht auf, in diesem Sinne zu wachsen!

von  
**Günther  
Schedel-Gschwendtner**



<sup>1</sup> Das Vorgehen schafft zudem neue Probleme im offenen Kitamodell, das sich nicht mehr an Stammgruppen, sondern an der offenen Arbeit in der Kita orientiert, wo Kinder ihre Spiel- und Lernumgebung frei wählen. Dort muss dann beim Überschreiten der 15-Prozent-Marke das gesamte Personal höhergruppiert werden. Viele Träger werden dies aber zu verhindern wissen, da sie sich diese Höhergruppierung gar nicht leisten können. Umgekehrt wird das Personal diese aber einfordern und durch immer mehr etikettierte Kinder abzusichern versuchen.



## Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung **fair childhood**.  
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,  
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00  
BIC: BFSWDE33MUE

[www.gew.de/internationales/fair-childhood](http://www.gew.de/internationales/fair-childhood)

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds in München.

**Ja**, ich möchte mehr über fair childhood erfahren.  
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

**fair childhood**  
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“  
Reifenberger Straße 21  
90489 Frankfurt am Main



# Die Waffen nieder!

## Einschätzungen zum Ukraine-Krieg

**Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen, er ist völkerrechtswidrig und aufs Schärfste zu verurteilen. Er bedeutet unendliches Leid für die Menschen in der Ukraine, aber auch für russische Soldat\*innen<sup>1</sup>, die ihr Leben lassen müssen.**

Dieser Krieg muss sofort beendet werden oder es muss zumindest schnellstmöglich eine Waffenruhe herbeigeführt werden. Wie Militärexpert\*innen (z. B. Oberstleutnant a. D. Jürgen Rose, Brigadegeneral a. D. Erich Vad, Oberst Jacques Baud) oder z. B. auch der Politik- und Wirtschaftsberater Michael Lüders feststellen, kann die Ukraine den Krieg auch durch Waffenlieferungen des Westens militärisch nicht gewinnen. Auch ein gigantisches Aufrüstungsprogramm in Deutschland und anderen NATO-Staaten und Kriegsrhetorik à la Baerbock werden den Krieg nicht beenden, genauso wenig immer schärfere Sanktionen. Auch wenn diese längerfristig Russland schaden, so treffen sie aber vor allem die russische Zivilbevölkerung. Für Öl- und Gaslieferungen, die westliche Staaten ablehnen, wird Russland zumindest mittelfristig andere Abnehmerstaaten finden.

Der Krieg kann nur durch Verhandlungen beendet werden. Dazu bedarf es einer Diplomatie auf höchstem Niveau, denn nur, wenn tatsächlich alle Handlungsoptionen gesucht, entwickelt und durchleuchtet werden, kann ein Weg gefunden werden, diesen Angriffskrieg zu beenden.

### Der »Wertewesten«

Moralische Überhöhung bzw. Verabsolutierung des westlichen Standpunkts verhindern den unverstellten Blick auf Möglichkeiten, die man zur Beendigung des Krieges ausloten müsste.

Wenn westliche Politiker\*innen wie Außenministerin Annalena Baerbock den Krieg zum Kampf des freien Westens gegen die Diktatur und den Auto-

kraten Wladimir Putin hochstilisieren, wird der Blick auf diplomatische Lösungen, die nie von einem verabsolutierten moralischen Standpunkt Ausgang nehmen können, verstellt. Sie blenden nicht nur die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO-Staaten, insbesondere der USA, wie z. B. im Irak, in Jugoslawien oder Libyen aus, sondern auch die Schritte, die zur Eskalation zwischen Russland und der NATO beigetragen haben. Der Westen und die NATO haben zwar diesen Krieg nicht begonnen, aber an der Eskalation waren sie durch die NATO-Erweiterungen und die Hochrüstung der Ukraine maßgeblich beteiligt.

Die Empörung über den russischen Angriffskrieg ist gerechtfertigt. Moralische Empörung ist aber noch keine Politik und sie zeigt auch keinen Lösungsweg für die Beendigung des Krieges. Von den verantwortlichen Spitzenpolitiker\*innen im Westen muss man erwarten können, dass sie in diesem Konflikt nicht in der Position des moralisch Überlegenen verharren, die sich nur damit zufrieden geben will, wenn Russland irgendwann zu kämpfen aufhört und klein beigibt, weil es wirtschaftlich so geschwächt ist, oder Wladimir Putin gar intern gestürzt wird. Das hieße in Kauf zu nehmen, dass sich der Krieg in der Ukraine unter Umständen noch viele Monate, wenn nicht sogar Jahre hinzieht und das Land in Schutt und Asche sowie in einen Friedhof verwandelt wird. Zugleich erhöht sich mit jedem Tag die Gefahr einer Ausweitung des Krieges, denn Kriege entwickeln irgendwann eine Dynamik, die man nicht mehr steuern kann. Vom CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz wurde Anfang März 2022 auch schon eine mögliche NATO-Beteiligung ins Spiel gebracht. Sergej Sumlenny, Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Kiew von 2015 bis 2021, twitterte sogar: »... so the most secure way to get guaranteed peace is to eliminate nuclear Russia. Some nukes can explode, but they will explode anyway.«<sup>2</sup> Sogar ein Atomkrieg wird also in Kauf genommen.

Rüdiger Lüdeking, ehemaliger ständiger Vertreter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen in New York und später bei der OSZE in Wien, kritisierte Ende Dezember 2021 in der taz die »wertebasierte« Außenpolitik: »Die Außenpolitik der neuen Bundesregierung scheint im Wesentlichen durch moralische Entrüstung über das Regime Putin geprägt zu sein. Anstatt sich nachhaltig für eine Deeskalierung und Verhandlungen mit Russland einzusetzen, beschäftigt sie sich intern offenbar vornehmlich mit der Frage, ob unter den obwaltenden Umständen die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 überhaupt erfolgen darf. Am Rande sei erwähnt, dass mögliche russische Gegenmaßnahmen wie der Stopp von Energielieferungen völlig unbeachtet bleiben. Auch die realpolitische Erwägung, dass eine wirtschaftliche Schwächung Russlands sicherheitspolitische Instabilitäten zur Folge haben kann, scheint keine Rolle zu spielen. [...]

Die neue Bundesregierung sollte nicht ausschließlich unsere Werte zugrunde legen und dem Wünschbaren nachhängen; sie sollte sich vielmehr an den Realitäten orientieren und sich an den luziden Ausspruch von Egon Bahr erinnern: »In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte: Es geht um Interessen von Staaten.«<sup>3</sup>

Als Gewerkschafter\*innen sollten wir uns immer die Frage stellen, um welche Interessen es geht.

### Interessen

Die Interessen der Staatsführungen sind bekanntlich längst nicht die Interessen der Masse der Menschen in diesen Staaten. Karl Marx und Friedrich Engels nannten den modernen Staat eine »wesentlich kapitalistische Maschine«, »Staat der Kapitalisten«, »Staat der ideellen Gesamtkapitalisten«.<sup>4</sup> Vor dem Hintergrund der neoliberalen Globalisierung, des derzeitigen globalen Siegeszugs des Kapitalismus

## zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion

gilt das umso mehr. Die Interessen der Global Player, ob Staaten, Banken oder Konzerne, verschmelzen als wirtschaftliche, geopolitische und (geo)strategische Kapitalinteressen.

Betrachtet man das unter dem Aspekt andauernder Weltwirtschaftskrisen, der Notwendigkeit des Kapitals, dieses zu akkumulieren, müssen wir doch feststellen, dass wir uns in einer weiteren hochexplosiven Phase des Imperialismus befinden.

Das wird beim Studium des imperialen Zerrens um die Ukraine spätestens seit 2014 überdeutlich, wo es schon zu den verschiedensten gewaltsamen Übergriffen kam (Stichworte dazu: Maidan – Krim – Gewerkschaftshaus Odesa – Donbass ...).

Unser Interesse als lohnabhängige Menschen weltweit kann nur sein, dass wir diese gewaltsamen Übergriffe abwehren, und zwar egal vonseiten welches Macht- bzw. Kapitalblocks. Wir können uns – was auch Rosa Luxemburg energisch forderte – auf keine der imperialistischen Seiten stellen.

Kriege sind unterm Strich eine gi-

gantische Kapitalvernichtung. Die Profiteur\*innen gefährden nicht ihr Leben und persönliches Wohlbefinden. Sie können ihre Ziele aber nur erreichen, wenn sie andere Menschen für sich auf das Schlachtfeld führen.

Wir – die lohnabhängigen Menschen – können nur Erfolg haben, wenn wir politisch darüber streiten, wem die jeweiligen Anteile erwirtschafteter Werte zustehen. Und hier ist die fortschrittlich organisierte Bewegung der Arbeiter\*innen schon immer der Ansicht, sie stehen den Menschen und Gemeinschaften zu, die diese produzieren.

### Verhandeln, verhandeln, verhandeln!

Nahezu jeder Mensch weiß: Im atomaren Zeitalter sind Kriege ohnehin nicht zu gewinnen.

Und auch nicht atomare regionale Kriege haben noch nie zu einem »Erfolg« im Gesamtinteresse der Menschheit geführt, von Vietnam bis Afghanistan, aber unzählige Menschenleben gekostet und unbegreifliches Leid über

die Menschen gebracht. Deswegen gilt ausschließlich: Verhandeln, verhandeln, verhandeln, und zwar sofort! Und Schluss mit Waffenlieferungen in Kriegsgebiete! Sie sind Öl ins Feuer des Krieges und zögern nicht nur seine Beendigung womöglich auf Jahre hinaus, sondern bringen uns immer näher an den Abgrund eines Atomkrieges.

Wir bleiben zusammen mit der übergroßen Mehrheit der diesjährigen Ostermarschierer\*innen dabei:

Die Waffen nieder!

Stoppt die Gewaltspirale!

Krieg ist keine Lösung.

von Irmgard Freihoffer  
und Reinhard Frankl  
für die AG Perspektiven

- 1 Im Jahr 2006 lag der Frauenanteil im russischen Militär bei 15 Prozent; vgl. Christine Eiffler: Das unterschätzte Potenzial: Soldatinnen in den russischen Streitkräften. In: The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies, Heft 4/5 2006
- 2 twitter.com/sumlenny/status/1514786341833175045
- 3 Rüdiger Lüdeking: Realpolitik zählt, nicht Werte. Vgl. taz.de vom 28.12.2021
- 4 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. MEW 19, S. 222



### Leser\*innenbriefe ... Leser\*innenbriefe ... Leser\*innenbriefe ...

zu »Resolution der GEW Bayern zum Krieg in der Ukraine und zur Aufrüstung«, DDS Juli/August 2022, S. 4

#### Loony-Left-Denkschablonen verabschieden!

Die Juli/August-DDS bietet uns eine etwas kryptische »Resolution der GEW Bayern zum Krieg in der Ukraine und zur Aufrüstung«. »[M]ehrere« anonyme »Mitglieder« hätten diese Resolution »erarbeitet«. Sie wurde – offenbar vom Landesvorstand – »kontrovers diskutiert und schließlich mehrheitlich beschlossen«. Warum keine Einstimmigkeit für »die GEW Bayern«? Es finden sich da viele schöne Forderungen – aus dem Wolkenkuckuckshorn: »Sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine! Rückzug der russischen Truppen! Für sofortige Friedensverhandlungen!« Sollte es der Vorstandsmehrheit wirklich entgangen sein, mit welcher Hektik vor und nach dem 24.2. mit Putin verhandelt wurde? Und wie verhandelt man eigentlich mit einem Gangsterregime, dessen Hauptmitteilungsform die Lüge ist? Dazu gibt es fatale historische Beispiele. Im Unterschied zur Bundes-GEW hat »die GEW Bayern« aber noch eine weitere Friedensidee: Keine Waffenlieferungen in die Ukraine! »Waffenlieferungen intensivieren nur das Kriegsgeschehen und tragen nie zum Frieden bei.« Je nun. Es dürfte doch ziemlich klar sein, dass ohne die westlichen Waffenlieferungen Kiew und Charkiw von Putins Soldateska überrannt worden wären, mit Folgen, wie wir sie z. B. aus Butscha und Irpin kennen, und die mit »völkerrechtswidrige[r] Angriffskrieg« recht zurückhaltend charakterisiert sind. Was wäre geworden, wenn die USA im Zweiten Weltkrieg Großbritannien und die Sowjetunion nicht schon früh mit Waffenlieferungen unterstützt hätten? Das »Kriegsgeschehen« wurde dadurch zweifellos »intensivier[t]«. Andernfalls hätte es wohl die Aussicht auf Friedhofsruhe gegeben. Warum konnte sich die Zweite Spanische Republik nicht gegen Franco behaupten? Im

Unterschied zu Letzterem erhielt sie kaum Waffenlieferungen, von Stalins mäßigen Gaben einmal abgesehen. Ab 1939 herrschte dann (relative) Friedhofsruhe bei fortgesetzter blutiger Repression. Die Exhumierungen aus den Massengräbern laufen bis heute. Vergleichbares erlitt die Linke im Griechischen Bürgerkrieg (1946 - 1949). Erwartbarerweise wird »die von Russland als Bedrohung empfundene NATO-Osterweiterung« angeführt. Wer bittschön ist »Russland«? Ich stehe seit 1998 per Schüler\*innenaustausch und per Städtepartnerschaft im Kontakt mit der russischen Grenzstadt Sortavala. Ich habe dort niemand angetroffen, der sich von der NATO bedroht gefühlt hätte. Wenn Putin und sein Gangsterregime wirklich Respekt vor der NATO hätten, dann hätten sie sich nicht geleistet, was sie sich seit Jahrzehnten geleistet haben, in Georgien, in Syrien, auf der Krim, im Donbass, nicht zuletzt mit dem Abschuss der Malaysia-Airlines-Maschine MH17. Wie bedrohlich sind eigentlich die NATO-Aspiranten Schweden und Finnland? Müsste man da versuchsweise nicht mal andersherum denken? Was das »gigantische Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung« betrifft, so ist das eine ziemlich überdimensionierte Sprechblase. Ohne Loony-Left-Denkschablone betrachtet müsste doch eigentlich klar sein: Aufgrund der von Putin geschaffenen Lage kann die Bundeswehr nicht wirklich im Zustand vor dem 24.2. verbleiben – »Sondervermögen« hin oder her. Im sehr deutlichen Gegensatz zur Bundes-GEW verliert die Bayern-Resolution kein einziges Wörtchen zu den aus der Ukraine Geflüchteten, nicht zuletzt den Kindern und Jugendlichen, kein Wort der Solidarität mit den ukrainischen Bildungsgewerkschaften. Ein absolutes Armutszeugnis! Nicht zuletzt als ehrenamtlicher Deutschdozent für ukrainische Geflüchtete muss ich sagen: Ich schäme mich für diese Resolution meiner Gewerkschaft.

von Alfons Kitzinger

## Guter Ganzttag – das Beste aus Schule und Jugendhilfe!

Wenn ganztägige Angebote für Kinder zum Standard werden, Schule und Ganzttag zu einem der Hauptlebensorte für Kinder werden, dann muss das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen! Die pädagogischen Fachkräfte müssen deshalb gemeinsam für einen guten Ganzttag, eine gute Arbeit und gute Angebote für Kinder eintreten. Mit einem Onlinefachtag wollten die GEW Bayern und der Stadtverband München den Dialog zwischen allen am Ganzttag Beteiligten fördern, um sich gezielt in den politischen Diskurs einbringen zu können. Wir arbeiteten Gelingensfaktoren heraus und lernten voneinander. Best-Practice-Beispiele aus Bayern und anderen Bundesländern sorgten für die notwendigen Impulse.

Nach einem Grußwort der Landesvorsitzenden Martina Borgendale zeigten die Kollegen Mario Schwandt und Alfons Kunze anhand des GEW-Positionspapiers »Gewerkschaftliche Qualitätsstandards für den Ganzttag in Bayern«, in das auch die Erfahrungen der Praktiker\*innen aus Schule, Jugendhilfe und Wissenschaft eingeflossen sind, die Notwendigkeiten, die aus gewerkschaftlicher Sicht an den kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung gestellt werden müssen, auf. Kollege Kunze ging zudem auf die Architektur als weiteren Pädagogen ein und forderte, von Beginn an die Interessen der Kinder sowie der pädagogischen und nicht pädagogischen Beschäftigten zur Grundlage aller Architekturplanungen zu machen. Kollege Schwandt legte den Fokus darauf, dass mit dem Ganzttag die zwei sehr unterschiedlichen Welten und Perspektiven der Jugendhilfe und Schule zusammenfinden müssen.

Den Hauptvortrag »Ganzttag – neue Qualifikationsanforderungen?« hielt Dr. Mike Seckinger vom Deutschen Jugendinstitut. Er stellte klar: Ganztagsbildung verändert die Jugendarbeit, aber auch die Arbeit an den Schulen. Hierfür braucht es neue Qualitätsanforderungen, die Frage nach der Parallelität von kostenfreien und kostenträchtigen Angeboten muss geklärt werden, die Kinderperspektive muss in der Ganztagsbildung deutlich gestärkt werden. Angesichts des Fachkräftemangels steht der Ausbau der Ausbildung an, die – wie auch der Beruf – attraktiver gestaltet werden muss. Weiterbildungen müssten nicht nur für das nicht pädagogisch ausgebildete Personal angeboten werden.

Anschließend hatten die mehr als 60 Teilnehmer\*innen in Workshops Gelegenheit, Practice-Beispiele kennenzulernen. Thomas Eterer, Koordinator Jugendhilfe und Schule beim Jugendamt der Stadt Nürnberg, berichtete vom »Nürnberger Weg«, der von einer engen Kooperation zwischen Jugendamt und Schulverwaltung sowie dem Ausbau von Horten geprägt ist. Helmut Klemm, Schulleiter der neuen Eichendorffschule in Erlangen, berichtete von seiner Ganztagschule als Bildungs- und Kulturort, bei dem eigenverantwortliches Lernen in Lernbüros und das Miteinander in Lernhäusern oder bei Vollversammlungen im Vordergrund stehen. Gabriele Wolfert-Fuchsreiter vom Referat für Bildung und Sport, Abteilung KITA, berichtete von der Kooperativen Ganztagsbildung (KoGa) in Münchner Grundschulen.

Unser Blick richtete sich auch auf andere Bundesländer. So stellte Bodo Haß, zweiter stellvertretender Vorsitzender des GEW-Landesverbandes Hamburg und Physiotherapeut im multiprofessionellen Team einer Sonderschule, das Hamburger Modell vor, bei dem der verbindliche Ganzttag in der Verantwortung der Schule und das freiwillige Nachmittagsangebot in der eines freien Trägers liegen. Mike Menke vom Kinderschutzbund und für den Ganzttag Ansprechperson an der Berliner Erika-Mann-Grundschule erklärte, wie bei ihrem professionsübergreifenden offenen Ganztagsmodell, das in einem armutsbelasteten Bezirk von Berlin angesiedelt ist, in unterschiedlichen Szenarien gelernt wird.

Am Ende des Tages lag ein fantastischer, inspirierender Kongress hinter uns. Das überaus positive Feedback der 66 Teilnehmer\*innen freute alle, die die Veranstaltung organisiert und mit ihrem Input zum Erfolg geführt haben. Wir von der GEW Bayern machen weiter, nicht nur weil der Wunsch nach Arbeitsgruppen, weiteren Themenabenden und Kongressen geäußert wurde.

von Jörn Bülck

Link zu einem ausführlichen Bericht und zum GEW-Positionspapier: [gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/ganzttag-bildung-qualitaet](https://gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/ganzttag-bildung-qualitaet)



Das Foto zeigt die Präsentation des Konzeptes zum Ganzttag mit den Referenten Jörn Bülck und Mario Schwandt, die während des Bildungscamps der GEW vom 13. - 15. Juli in München stattfand.

## Wir gratulieren

### Gesamtbetriebsrat und Gesamtschwerbehindertenvertretung des bfz in Coburg für Deutschen Betriebsräte-Preis nominiert

Im Rahmen der Neuverhandlung der Inklusionsvereinbarung »Inklusion fair gestalten – Prävention & Azubi-Übernahme für Schwerbehinderte & Gleichgestellte« bei den Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft gGmbH (bfz) erzielte die Gesamtschwerbehindertenvertretung gemeinsam mit dem Gesamtbetriebsrat erneut Verbesserungen für schwerbehinderte und gleichgestellte Kolleg\*innen. Das Ziel beider Gremien in dem Tauziehen um die Vereinbarung war, deren Teilhabe am Arbeitsleben weiter zu fördern. Dies ist ihnen gelungen.

Unser Kollege Friedrich Möller wird die Vereinbarung am 10. November 2022 auf dem Deutschen BetriebsräteTag, der unter der Schirmherrschaft von Bundesminister Hubertus Heil im Plenarsaal im alten Bundestag stattfindet, vorstellen.

Wir drücken die Daumen und schließen uns den Organisator\*innen des Deutschen BetriebsräteTags an: Schon nominiert zu sein, ist eine Auszeichnung!

**Eure GEW Bayern**

## GEW Bayern ist Erstunterzeichnerin des »Pakts für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Bayern«

Um den notwendigen Wandel hin zu einer sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Entwicklung auch in der Bildung von der Kita bis zur Weiterbildung anzuschieben, schlossen sich am 20. Juli 47 Organisationen der Zivilgesellschaft zum »Pakt für BNE« (Bildung für nachhaltige Entwicklung mit besonderer Wichtigkeit der Klimabildung) in Bayern zusammen. Das breit aufgestellte Aktionsbündnis schickt damit ein deutliches Signal an die Politik: Es braucht einen Paradigmenwechsel, auch in der Bildung. Die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung ist die Grundlage für die vom »Pakt für BNE« geforderte Transformation.

Den bloßen Worten nach ist BNE längst erklärtes Handlungsziel aller Staaten. Nach Ansicht der Erstunterzeichner\*innen des »Pakts für BNE« geschieht politisch jedoch deutlich zu wenig. BNE ist eine überparteiliche Kernaufgabe und erfordert eine zielstrebige und effiziente Zusammenarbeit über Partei-, Landes- und Ministeriumsgrenzen hinweg.

Die Gründer\*innen des »Pakts für BNE« fordern daher vom bayerischen Landtag und von der Staatsregierung:

- Bayern braucht eine konkrete und verbindliche Landesstrategie für BNE nach dem Beispiel Schleswig-Holsteins.
- Zur Umsetzung der Strategie braucht es einen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft partizipativ erarbeiteten Masterplan nach dem Beispiel Hamburgs und einen entsprechenden BNE-Erlass nach dem Beispiel Niedersachsens.

- Für eine derart zentrale Aufgabe müssen erheblich mehr staatliche Ressourcen zur Umsetzung von BNE auf allen Ebenen sowie langfristige Finanzierungssicherheit für die beteiligten Akteur\*innen bereitgestellt werden.
- Es braucht effiziente Strukturen für Information und Vernetzung, Wissens- und Methodentransfer aller Beteiligten.

Der »Pakt für BNE« in Bayern ist eine offene Plattform und lädt alle gesellschaftlichen Akteur\*innen zur Teilhabe und zur Mitgestaltung ein.

Download des vollständigen Wortlauts des Pakts, eine Liste aller beteiligten Organisationen und weitere Infos: [gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/rund-50-fuehrende-organisationen-der-zivilgesellschaft-gruenden-pakt-fuer-bne-in-bayern](http://gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/rund-50-fuehrende-organisationen-der-zivilgesellschaft-gruenden-pakt-fuer-bne-in-bayern)

Abschließender Hinweis: Die GEW beschäftigt sich seit der ersten UN-Dekade »Bildung für eine nachhaltige Entwicklung« (von 2004 bis 2014) mit dem Thema. Zur Halbzeit der Weltdekade im Jahr 2009 beschloss sie auf ihrem 26. Gewerkschaftstag in Nürnberg den Antrag »Kurs auf eine nachhaltige Entwicklung – Lernen für eine zukunftsfähige Welt«. Daraus entstand unter gleichem Titel ein Positions- und Umsetzungspapier, das sich auch für die praktische Bildungsarbeit eignet (Download: [gew.de](http://gew.de)).

**von Dorothea Weniger**



## Fürs Klima und die Gerechtigkeit! Erneuerbare statt Fracking, Kohle und Atom!

Extreme Waldbrände in Frankreich, Dürrekatastrophe in Italien, Rekordhitze in Deutschland – die Klimakrise kommt uns immer näher. Weltweit leiden immer mehr Menschen unter ihren Folgen. Arten sterben aus, Landwirtschaft und die Erzeugung von Lebensmitteln werden durch Extremwetterereignisse immer schwieriger. Wenn es nicht gelingt, die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, droht eine Klimakatastrophe, die nicht mehr aufzuhalten ist.

Offiziell will die Ampel-Regierung das 1,5-Grad-Limit einhalten, doch die bisherigen Pläne reichen dafür nicht aus. Das Klimaschutz-Sofortprogramm hat sie aufgeschoben. Beim Verkehr blockiert die FDP wichtige Maßnahmen – vom Tempolimit bis zum Abbau klimaschädlicher Subventionen. Und der selbsternannte »Klima-Kanzler« Olaf Scholz setzt immer noch auf Investitionen in fossile Energien.

Gleichzeitig rächt sich, wie massiv die letzten Regierungen die Energiewende verschleppt und uns abhängig von russischen Energieimporten gemacht haben. Infolge des völkerrechtswidrigen An-

griffskrieg Russlands auf die Ukraine explodieren Energiepreise und Inflation. Viele Menschen können die Gasrechnung, steigende Lebensmittelpreise und Mieten kaum noch zahlen.

Jetzt trommeln Teile von Regierung und Opposition für die alten Klima-Killer: Fracking, Kohle- und Atomkraft sollen das ausbleibende russische Gas ersetzen und Energiepreise eindämmen. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit werden gegeneinander ausgespielt. Das lassen wir nicht zu!

Jetzt muss die Ampel gegensteuern: Für konsequenten Klimaschutz und mehr soziale und globale Gerechtigkeit gehen wir am Freitag, den 23. September gemeinsam mit Fridays for Future auf die Straße.

**aus dem Aufruf von Fridays for Future**

Du möchtest deine Demo vor Ort finden? Hier bist du richtig: [klima-streik.org/demos](http://klima-streik.org/demos). Hinweis: Die Seite wird laufend aktualisiert. Link zu den Forderungen: [klima-streik.org/infos/aufruf](http://klima-streik.org/infos/aufruf)



## Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

### Rüstungsforschung trotz Zivilklausel?!

Am 6. Mai 2022 gab es in der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) eine Veranstaltung, auf der auch ein Vortrag unter dem Titel »Rüstungsforschung trotz Zivilklausel?!« gehalten wurde. Organisiert hatten die Veranstaltung die GEW-Studis. Wir luden Studierende und Beschäftigte der Universität Erlangen-Nürnberg und weitere Interessierte ein, sich über die Rüstungsforschung an der FAU zu informieren. Es gibt zwar eine sogenannte Zivilklausel, die Rüstungsforschung unterbinden soll, dennoch gab es Zuwendungen von Rüstungsunternehmen und dem Verteidigungsministerium. Es wurden Möglichkeiten gezeigt, wie man als Studierende oder Forschende die Zivilklausel nutzen kann. Ebenso diskutierten wir, wie wir für eine bessere Zivilklausel, die auch eingehalten wird, kämpfen können.

Der Vortrag fand im Zuge der Kampagne »Uni gegen Krieg! FAU abrüsten!« statt, die auf [studis-fau.gew-bayern.de](http://studis-fau.gew-bayern.de) nachgelesen werden kann.

von Marius Beyer



### »Nein!« zu 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr



Am Samstag, dem 28. Mai 2022 fand in Erlangen eine Demonstration gegen das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr statt. Dazu hatten verschiedene friedensbewegte Erlanger Organisationen, so auch der GEW-Kreisverband Erlangen und die GEW-Studis der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU), aufgerufen. Etwa 100 Menschen sprachen sich auf der Kundgebung und Demo gegen eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr aus. Nach dem Auftakt am Hugenottenplatz und mehren Redebeiträgen zogen die Demonstrierenden durch die Erlanger Innenstadt zum Rathausplatz. Nach einer Zwischenkundgebung ging es zurück zum Hugenottenplatz. Auf der Abschlusskundgebung hielten auch die GEW-Studis eine Rede, die auf den Social-Media-Kanälen der GEW-Studis FAU nachgehört werden kann. Auch diesmal forderten wir: 100 Milliarden Euro für Bildung, Pflege, Klima und Soziales statt für Aufrüstung!

von Marius Beyer

#### Personelle Veränderung im Landesvorstand der GEW Bayern

Zum 2. Juni 2022 ist Theresa Hofmann aufgrund zunehmender Belastung im Studium vom Landesvorstand zurückgetreten.

DDS-Redaktion



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter [AJuM.de](http://AJuM.de) (Datenbank) oder unter [LesePeter.de](http://LesePeter.de).

Im September 2022 erhält den LesePeter das Kinderbuch

**Dita Zipfel (Autorin) & Bea Davies (Illustratorin):  
Brummps. Sie nannten ihn Ameise**

Carl Hanser Verlag • München 2021  
136 S. • gebundene Ausgabe • 15,00 EUR • ab 8 Jahre  
ISBN: 978-3-446-27255-2

Brummps – Was kann das sein? Eine gefährliche Krankheit, die ihn befallen hat, glaubt Jonny Ameise. Neben dem Gefühl, nichts richtig zu machen, quält ihn die Sorge, seinen Freund damit anzustecken. Dass etwas ganz anderes dahintersteckt, bemerkt Jonny erst sehr spät. Eine mitreißende Geschichte über Freundschaft, Mobbing und die Suche nach der eigenen Identität mit einer besonderen Erzählerstimme.

#### GEW und Medien – Pressemitteilungen der GEW Bayern ab Juni 2022

- GEW Bayern: Save the date – kommt zum Bildungscamp nach München! – PM 19 v. 28.6.2022
- Pandemiebedingte Defizite an bayerischen Gymnasien beheben – PM 20 v. 5.7.2022
- »Endlich gute Bildung für Alle!« – auf zum Bildungscamp der GEW Bayern! – PM 21 v. 7.7.2022
- Nach der Welle ist vor der Welle – PM 22 v. 11.7.2022
- GEW Bayern: Der Bildungspolitik auf den Zahn fühlen! – PM 23 v. 11.7.2022
- GEW Bayern: Vertreter\*innen von Teenstar haben in Schulen keinen Platz! – PM 24 v. 12.7.2022
- GEW Bayern: Endlich gute Bildung für Alle! Drei Tage Bildungscamp in München gestartet – PM 25 v. 14.7.2022
- Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz - Innovation nach dem Geist der 90er-Jahre – PM 26 v. 21.7.2022
- GEW: Richtiger Schritt zur Anerkennung der Heilpädagogischen Förderlehrer\*innen – PM 27 v. 27.7.2022
- GEW Bayern zum alten und neuen Schuljahr: »Wir sind in Sorge um die Bildung.« – PM 28 v. 29.7.2022

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: [gew-bayern.de](http://gew-bayern.de)

aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW

## Jahresseminar und Mitgliederversammlung der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung

Die Kolleg\*innen der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung trafen sich Anfang Juli im Nürnberger Gewerkschaftshaus. Am Freitag behandelten wir das Thema »Arbeitnehmerähnliche«. Das sind Honorarkräfte, die ihr Einkommen überwiegend von nur einem Auftraggeber beziehen. Formal selbstständig gelten für sie trotzdem einige arbeitsrechtliche Gesetze. Am wichtigsten ist dabei der Anspruch auf bis zu vier Wochen bezahlten Urlaub im Jahr. Die GEW Baden-Württemberg führt deshalb zurzeit einige Prozesse per Rechtsschutz. In Bayern ließen sich Einzelfälle nach Intervention der GEW sogar außergerichtlich klären, sodass die Kolleg\*innen ihr Geld nachgezahlt bekamen.

Am Samstag diskutierten wir über Möglichkeiten, wie ein Tarifgehalt in der Weiterbildung allgemeinverbindlich werden könnte, und zwar nicht nur in Bezug auf einen Mindestlohn. Die Ampel-Koalition kündigte dies bereits für vom Bund finanzierte Aufträge an. Doch ein konkreter Entwurf fehlt bisher. Es gibt aber bereits positive Beispiele dafür, z. B. in der Pflege oder das Tarifreuegesetz des Saarlands für Aufträge des Landes. In ähnlicher Weise könnte auch ein besserer Branchentarifvertrag Weiterbildung mit mehr Regelungen als der bisherige Mindestlohn zwingend werden.

Zu den Verhandlungen des Mindestlohntarifvertrags in der Weiterbildung für ca. 32.000 pädagogisch Beschäftigte war die Verhandlungsführerin und Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik der GEW, Albena Chipkovenska, zu Gast. Sie stellte den Abschluss als sehr zufriedenstellend dar (vg. gew-bayern.de: Löhne steigen kräftig!). Der Mindestlohn stellt eine untere Haltelinie dar, da er durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung Lohndumping verhindert. Der Mindestlohntarifvertrag muss nun noch durch die Bundesregierung für allgemeinverbindlich erklärt werden (Stand: Redaktionsschluss).



Kristin Gehrt-Bisch, Veronika Lackerbauer, Horst Kunitz und Anton Salzbrunn (v. l. n. r.); Isa Riederer auf dem kleinen Bild



Inhalt der Verhandlungen war auch der Wunsch der Arbeitgeber nach Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einem Branchentarifvertrag, die seit 2015 auf Eis gelegt sind. Dazu diskutieren wir nun am 22. September mit allen interessierten Fachgruppenmitgliedern per Videokonferenz die Forderungen der GEW.

Auf unserer Mitgliederversammlung am Samstag diskutierten wir über die Arbeit des Landesfachgruppenausschusses (LFGA), über die im Vergleich zu 2019 Zunahme der Fachgruppenmitglieder und darüber, dass das Thema Arbeitszeitverkürzung auf dem GEW-Werkerschaftstag in den

Fokus rückte. Kristin Gehrt-Bisch berichtete von der Bundesfachgruppe und aus dem Gesamtbetriebsrat beim bfz, Fred Schell von der Arbeitsgruppe »Bildung in der digitalen Welt« beim Hauptvorstand, deren Forderungen in einen Antrag zum GEW-Werkerschaftstag mündete, der beschlossen wurde.

Danach standen Neuwahlen an: In den LFGA wurden Kristin Gehrt-Bisch, Ingolstadt (Gesamtbetriebsratsvorsitzende bfz), Horst Kunitz, Bamberg (ehem. Betriebsrat bfz), Veronika Lackerbauer, Landshut (Betriebsrätin bfz), Isa Riederer, Regensburg (freiberufliche DaF-Lehrkraft) und Anton Salzbrunn, Erlangen (GEW-Landesvorstand) gewählt. Vorsitzender ist Horst Kunitz, der uns auch im Landesauschuss vertritt. Auf Bundesebene vertritt uns weiterhin Kristin Gehrt-Bisch. Nicht mehr kandidiert hatten Raul Vitzthum, Weiden, und Fred Schell, München. Die Kollegen wurden mit Beifall verabschiedet. Fred Schell beendet nun nach über 30 Jahren sein Engagement im LFGA. Die Mitglieder verabschiedeten ihn mit einem Sonderapplaus.

von Gabriele Albrecht-Thum, Erwin Denzler und Anton Salzbrunn

## Für gute Arbeit in der Bildung und eine offene Gesellschaft GEW Unterfranken wählte neuen Vorstand

Im Kulturhaus »Alte Synagoge« in Kitzingen fanden am Samstag, den 25. Juni 2022, die Vorstandswahlen der GEW Unterfranken statt. Mit lang anhaltendem Applaus wurden zunächst Jörg Nellen, langjähriger Geschäftsführer, und Brigitt Gräf, über viele Jahre Schatzmeisterin, verabschiedet – sie traten bei den Wahlen nicht mehr an. Die bisherige kommissarische und neue Vorsitzende Monika Hartl wird künftig vom Geschäftsführer Florian Köppel, vom Schatzmeister Oliver Glockmann und vom Öffentlichkeitsreferent Tino Haaf-Schön unterstützt.

Die Aufgaben, denen sich der neue Vorstand und die gesamte Bildungsgewerkschaft stellen müssen, sind immens: Der Fachkräftemangel an den Schulen und Kindertagesstätten ist seit Jahren bekannt und nun unübersehbar und wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen. In der Erwachsenenbildung und den Universitäten gilt es, befristeten Stellen und unfairen Bezahlmodellen den Kampf anzusagen. Gesellschaftlich kritisieren wir weiterhin klar die soziale Ungerechtigkeit und treten für Offenheit und Toleranz ein. »Der Kampf gegen rechts bleibt ein wichtiges Anliegen«, so die Vorsitzende Monika Hartl.

von Tino Haaf-Schön



Das neue Führungsteam der GEW Unterfranken (v. l. n. r.): Moni Hartl (Vorsitzende), Oliver Glockmann (Schatzmeister), Henning Albrecht (interkulturelle Kommunikation), Isabelle Schön (Öffentlichkeitsarbeit Internet), Florian Köppel (Geschäftsführung). Nicht im Bild: Ernst Hümmer (Kassenprüfer), Edgar Günther (zweiter Kassenprüfer), Tino Haaf-Schön (Öffentlichkeitsarbeit)

aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW

## Mitteilung der GEW Bamberg: Neuer Vorstand

### Neuer Vorstand

Hendrik Torner (Vorsitzender, Kontakt: hendrik.torner@gew.bayern oder 0177 8502731), Konstantin Behling (Schatzmeister), Gerd Scheuringer (Rechtsberatung, Kontakt: gerd.scheuringer@t-online.de oder 0177 8041062), Anas Bauch (GEW-Vertreter im DGB-Vorstand), Axel Hocke (Veranstaltungen, Bildungsrat), Leon Grest (Mitgliederverwaltung), Johanna Wieban (Arbeitsplatz Schule, GEW-Stellvertreterin im DGB-Vorstand)

### Neue Telefonnummer

Im Zuge der Neuwahlen gibt es nun auch eine neue Telefonnummer: Wir sind unter 0177 8502731 für euch erreichbar.

### Regelmäßige Treffen

Diese finden jeden dritten Donnerstag im Monat um 19 Uhr im »Hofcafé« statt.

### Hinweis

Dies ist ein Auszug aus dem Newsletter der GEW Bamberg. Wenn du aus unserem Kreisverband kommst und den Newsletter gern per Mail zugeschickt bekommen möchtest, schicke uns gerne deine E-Mail-Adresse. Darüber würden wir uns sehr freuen!

von Hendrik Torner

## Aktivenkonferenz 2022 in Präsenz

Für einige von uns war die Aktivenkonferenz das erste größere GEW-Zusammentreffen seit dem Frühjahr 2020. Die sehr gute Arbeitsatmosphäre bestärkte uns darin, dass das Format – in Präsenz und zweitägig – für die Arbeit sehr förderlich war. Die 32 aktiven GEWler\*innen aus fast allen Bezirken und Organisationsebenen haben an vier Themen gearbeitet:

- Ganzttag
- Digitalisierung
- Brauchen Kreis- und Bezirksverbände einen Strukturwandel?
- Lehrer\*innenbildung

Alle Arbeitsgruppen führten zu respektablen Ergebnissen. Dennoch werden uns alle Themen auch in den Gremien der GEW Bayern weiter beschäftigen. Unsere Ergebnisse und die weiteren Schritte:

### Ganzttag (Referenten: Jörn Bülck und Mario Schwandt):

Ab 2026 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ihrer Kinder in der 1. Klasse. Bis 2030 soll der Ganzttag für die gesamte Grundschule aufgebaut sein. Dafür gilt es, viele pädagogische und organisatorische Konzepte zu beachten.

### Digitalisierung (Referent: Joscha Falck):

Dieses Thema ist breit gefächert. Von der Ausstattung über Fortbildungen und Forderungen an das Personal, dem es achtsam zu begegnen gilt, bis zur Weiterbildung wurde der Bereich beleuchtet.

### Kreis- und Bezirksverbände (Referent: Schorsch Wiesmaier):

Der Strukturwandel ist längst überfällig. Der Bezirk Oberbayern ist in den Prozess bereits eingestiegen. Viele von uns hörten mit hohem Interesse den Fakten, die Kollege Wiesmaier vortrug, zu und dachten über die weitere Gestaltung der Kreise und Bezirke nach.

### Lehrer\*innenbildung (Referent: Siggie Grob):

Aufgrund des Fachkräftemangels an Schulen und der Forderung nach »Einer Schule für alle« sowie der Einführung des Ganztags macht auch eine veränderte Lehrer\*innenbildung Sinn, die allerdings auch auf die Ausbildung von Erzieher\*innen und Sozialpädagog\*innen Auswirkungen hat. Eine gemeinsame Einführungsphase könnte die Zukunft sein.

von Moni Hartl

## GEW Erlangen zieht Bilanz und wählt neuen Kreisvorstand

Nach über zwei Jahren fand am 5. Mai 2022 wieder eine Mitgliederversammlung der GEW Erlangen im Gewerkschaftshaus statt. Dabei berichtete der Kreisvorstand über seine Arbeit der letzten drei Jahre. So regte die GEW z. B. erfolgreich an, dass die Stadt Erlangen die Schulen und Kindertagesstätten schrittweise mit Luftfiltern ausstattet. Auch die Tarifrunden wurden aktiv unterstützt. Besonders bei der Länderrunde im Herbst 2021 engagierte sich die Studierenden-Gruppe sehr stark für die Forderung nach Tarifbindung für die studentischen Hilfskräfte.

Aber auch in den anderen Bildungsbereichen waren die Erlanger GEW-Mitglieder aktiv. So gelang es, erstmalig einen Personalrat beim Erlanger Stadtjugendring mit Hilfe der GEW zu wählen. Auch an der Erlanger Montessori-Schule sind GEW-Mitglieder im neu gewählten Betriebsrat aktiv, ebenso bei der Lebenshilfe Erlangen. Bei



Dorothea Pachale, Karo Hübner, Isabel Schmitt, Mariá José Pérez-Chillón (Reihe vorne v. l. n. r.); Christian Stiegler, Anton Salzbrunn, Johannes Pöhlmann, Matthias Damerov (Reihe hinten v. l. n. r.)

den Personalratswahlen in den Schulen wurden alle schulischen Kolleg\*innen mit dem einschlägigen GEW-Ratgeber versorgt. Leider konnte keine eigene Liste zur Wahl aufgestellt werden. Nur für die örtlichen Personalräte wurden Kandidat\*innen gefunden. Im Erlanger DGB unterstützte die GEW u. a. die erstmalig seit 2019 wieder durchgeführte Maidemonstration und -kundgebung. Daneben werden DGB-Vertretungen in einigen kommunalen und anderen Gremien wie z. B. im Bildungsbeirat durch die GEW übernommen. Die Erlanger GEW

initiierte bereits vor dem Ukraine-Krieg wieder Treffen des Erlanger Bündnisses für den Frieden und unterstützte wie der DGB aktiv deren Aktionen. Besonders aktiv waren die GEW-Studis, die sich regelmäßig treffen und u. a. mehrere Demonstrationen gegen das Hochschulinnovationsgesetz sowie zahlreiche weitere Aktionen durchführten

## aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW

und eine äußerst aktive Nachwuchswerbung betreiben.

Bei der anschließenden Wahl wurde satzungsgemäß ein siebenköpfiger Kreisvorstand mit Mitgliedern aus allen vier Bildungsbereichen gewählt: Anton Salzbrunn (Erwachsenenbildung), Dorothea Pachale (Hochschule und Forschung (HuF)), Isabel Schmitt (sozialpädagogische Berufe), Johannes Pöhlmann (Huf), Karo Hübner (Schule), Mariá José Pérez-Chillón (HuF) und Mathias Damerow (so-

zialpädagogische Berufe). Die GEW-Studis vertritt Christian Stiegler im Vorstand. Dieser steht nun vor wichtigen Aufgaben wie z. B. der besseren Verankerung in den verschiedenen Bildungseinrichtungen in Stadt und Landkreis, der Unterstützung bei Tarifrunden sowie der Neugestaltung der Homepage.

von Anton Salzbrunn und Dorothea Pachale

## GEW Würzburg ehrt Mitglieder für ihr Engagement

Die Bildungsgewerkschaft GEW Würzburg ehrte ihre verdienten Mitglieder. »Gewerkschaftliches Engagement ist im Bildungsbereich angesichts der Arbeitsbedingungen an Hochschule, in Schulen und in Kindertagesstätten sowie im sozialpädagogischen Bereich so wichtig wie nie«, so die GEW-Bezirksvorsitzende Monika Hartl. »Nur wir vielen können Änderungen erreichen.«

von Jörg Nellen

Monika Hartl überreichte als Gast die Ehrenurkunden an langjährige GEW-Mitglieder (v. l. n. r.): Monika Hartl, Laudatorin und GEW-Bezirksvorsitzende, Birgit Kreuzburg für 40 Jahre, Gabriele Neumann (40), Joachim Teusen (45), Norbert Mantel (40), Dr. Claudia Lanig-Heese (45), Gerhard Brigelius (40), Hiltrud Eckl (40), Jörg Nellen, GEW-Geschäftsführer Würzburg, sowie nicht auf dem Foto die ehemalige Würzburger GEW-Vorsitzende Dr. Marianne Wintergerst (50), Karl Heinz Grossmann (45), Wolfgang Walter (45), Friedrun Angermaier (40) und vier weitere Mitglieder



## Landesvorsitzende Martina Borgendale zu Gast bei der GEW Schwandorf



Mitgliederehrung bei der GEW Schwandorf: Matthias Haberl (10 Jahre), Thomas Thalhammer (25 Jahre), Martina Borgendale (Landesvorsitzende), Anton Plommer (50 Jahre; v. l. n. r.)

Zur Mitgliederversammlung der GEW Schwandorf mit Ehrungen und Delegiertenwahlen begrüßte ich neben zahlreichen Mitgliedern des Kreisverbandes auch die Landesvorsitzende Martina Borgendale aus Nürnberg im »Gasthof Baiern«. In ihrem Grußwort sprach sie aktuelle Themen wie die Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen an. Man habe dort gewisse Erfolge erzielen können wie verkürzte Stufenlaufzeiten und monatliche Zulagen für viele Beschäftigte. Zudem sei den Gewerkschaften der Einstieg in die Entlastung der Beschäftigten durch zusätzliche freie Tage gelungen. Außerdem sprach sie die aktuelle hohe Arbeitsbelastung an den Schulen an. In der darauffolgenden Aussprache forderte ich eine angemessene Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte, die meiner Ansicht nach helfen könnte, Ungerechtigkeiten wie etwa die fehlende Anerkennung von Korrekturzeiten – insbesondere bei Abschlussprüfungen – oder ausufernde Arbeitszeiten durch immer mehr ad-

ministrative Aufgaben oder auch bei Schulfahrten zu bekämpfen. Einschlägige Gerichtsurteile forderten dies bereits und mit heutigen digitalen Mitteln ist es auch technisch kein Problem mehr. Borgendale wies dazu auf eine Arbeitsgruppe der GEW hin.

Anschließend wählten wir die Delegierten für den Bezirksdelegiertenausschuss (BDA), der im Herbst in Schwandorf die Bezirksvorstandtschaft neu wählen wird, und nominierten Delegierte für die Versammlung der Landesvertreterinnen und -vertreter (LVV) im Oktober in Röthenbach.

Bei den Ehrungen begannen Martina und ich mit dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden Stefan Rittger, dessen tatkräftiger Einsatz bei einer Busfahrt mit Grundschulkindern ins Schullandheim bei Cham einen noch schwereren Unfall mit mehr Verletzten verhinderte. Auch die überregionale Presse hatte darüber berichtet. Ehrenurkunden für langjährige Mitgliedschaften erhielten u. a. für zehn Jahre der bisherige Delegierte zur LVV und Vorsitzende des örtlichen Personalrats (ÖPR) Florian Gmeiner sowie ich selbst, für 25 Jahre die stellvertretende Kreisvorsitzende Claudia Jacob, die Beisitzerin Manuela Spießl sowie Thomas Thalhammer, der den Kreisverband auch schon als Delegierter bei der LVV vertrat, und für 40 Jahre Gisela Eichenseer. Für 50 Jahre in der GEW ehrten wir den langjährigen Kreisvorsitzenden Anton Plommer. Über Jahrzehnte war er das Gesicht der GEW im Landkreis Schwandorf und Mitglied im ÖPR der Volksschulen im Landkreis. Noch heute vertritt er die Mitglieder im Ruhestand im Kreisvorstand. In einigen persönlichen Worten ließ er Erlebnisse aus seiner Dienstzeit als Lehrer, Gewerkschafter und »Freigeist« Revue passieren und präsentierte eine »historische« Krawatte mit »Teufelchen« aus seinen Anfangsjahren bei der GEW (siehe Foto), bevor die Versammlung gemütlich mit einem gemeinsamen Abendessen ausklang.

von Matthias Haberl

**Die GEW Bayern lädt in Kooperation mit dem DGB Bildungswerk Bayern e. V. Betriebsrätinnen und -räte zum Grundlagenseminar nach § 37 Abs. 6 BetrVG ein**

**Betriebsräte I**

Einführung in Betriebsverfassungsgesetz und Betriebsratsarbeit

In diesem Seminar werden die Grundlagen des Betriebsverfassungsgesetzes intensiv behandelt, insbesondere die Rechte und Pflichten der Betriebsräte im betrieblichen Alltag.

Erörtert werden darüber hinaus auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Stellen, Ämtern und Organisationen (z. B. Gewerkschaften, Gewerbeaufsicht, Arbeitsamt usw.).

Referent\*innen:

**Gabriele Albrecht-Thum**, Gewerkschaftssekretärin des GEW-Landesverbandes Bayern  
**Gerd Schnellinger**, stellvertretender Landesvorsitzender der GEW Bayern

Beginn: Montag, 24. Oktober 2022, 10.30 Uhr – Ende: Freitag, 28. Oktober 2022, 14.00 Uhr

Ort: **Neuhof/Zenn**

Weitere Informationen auf Anfrage: Gabriele Albrecht-Thum (gabriele.albrecht-thum@gew-bayern.de) und Gerd Schnellinger (gerd.schnellinger@gew.bayern)

Anmeldung:

Telefonisch: 089 55933650 oder 089 55933661

E-Mail: [seminare@bildungswerk-bayern.de](mailto:seminare@bildungswerk-bayern.de)

Anmeldeschluss: **26. September 2022**

Seminarnummer: 470-253-2022/WSB

Die Kosten für das Grundlagenseminar übernehmen nach § 37 Abs. 6 BetrVG in Verbindung mit § 40 BetrVG die Arbeitgeber.

**Der Landesausschuss der Seniorinnen und Senioren (LSA) lädt ein zur Exkursion nach Ansbach**

Programm:

- Bayerische Landesausstellung »Typisch Franken?«
- Gemeinsames Mittagessen
- Rundgang durch die historische Altstadt

**Donnerstag, 29. September 2022, 11.00 bis 16.00 Uhr**

Anmeldeschluss: 22.9.22

Anmeldungen per E-Mail: [melani.hunjek@gew-bayern.de](mailto:melani.hunjek@gew-bayern.de) oder telefonisch unter: 089 54408116



**Von hier an geht es aufwärts!**

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

**Info-Tel.: 07221 / 39 39 30**

Gunzenbachstr. 8  
76530 **Baden-Baden**

**[www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de)**

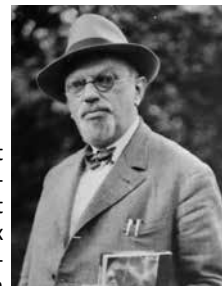
**Aus verbrannten Büchern lesen**

Die GEW Bayern erinnert online ein Jahr lang an die Bücherverbrennung vom Mai 1933 (vgl. DDS 5/2022, S. 15). Das Projekt wird von der »Münchner Freiheitsbibliothek« ausgeführt. Monatlich stellen wir eine\*n Autor\*in auf der GEW-Homepage vor. Im August befassen wir uns mit Max Adler, im September mit Gertrud Woker.

**Der Austromarxist Max Adler (1873 – 1937):**

**Neugestalter des Marxismus und »Lehrer des Proletariats«**

Zusammen mit anderen Austromarxisten denkt der Wiener Max Adler den Marxismus neu. Durch neue Pädagogik entwickle sich die Gesellschaft der »Neuen Menschen« (1924). Dabei soll nicht nur die Erziehung der Kinder und Jugendlichen reformiert werden: »[Es] ist kein Zweifel darüber, daß der Erzieher nicht wild wächst, sondern selbst erzogen werden muß, ja daß man, auch wo es sich »blos um kleine Kinder« handelt, die Ansprüche an das Wissen und die Bildung der Erzieher nicht hoch genug stellen kann.« Es genüge »für die armen Kinder« nicht ein »armseliger Lehrer«.



**Die Chemikerin Gertrud Woker (1878 – 1968):**

**Von der Verantwortung der Wissenschaft in Giftgas-kriegen zum Engagement für Frieden und Frauenrechte**

Die Schweizer Chemikerin Gertrud Woker stellt in »Der kommende Gift- und Brandkrieg und seine Auswirkungen gegenüber der Zivilbevölkerung« (1932) die Verantwortung der wissenschaftlichen Chemie für die weltweite Aufrüstung mit Chemiewaffen nach dem Ersten Weltkrieg dar. Sie erläutert die Zusammenhänge der chemischen Wissenschaft mit der Rüstungsindustrie, der Politik und den Militärs. Ihr internationaler Kampf gegen Militarismus und Kriegspropaganda und für die Rechte der Opfer dieser Politik macht sie zum Feindbild der deutschen Faschistinnen und Faschisten. Ihre Bücher werden 1933 verbrannt, sie selbst wird als Wissenschaftlerin, Frauenrechtlerin und Kriegsgegnerin diffamiert. **von Michael Schätzl**



Weitere Texte: [gew-bayern.de/erinnerung-an-die-buecherverbrennung-1933](http://gew-bayern.de/erinnerung-an-die-buecherverbrennung-1933)

## Einladung zu den nächsten GEW-Film-Previews in München



**Sonntag, 18. September 2022**

Kino: City 1, 400 Plätze  
Sonnenstraße 12, München  
Beginn: 11.00 Uhr

**DIE SCHULE DER MAGISCHEN TIERE 2**

Nach dem großen Erfolg von DIE SCHULE DER MAGISCHEN TIERE, der mit über 1,7 Millionen Besucher\*innen zum erfolgreichsten deutschen Kinofilm 2021/22 wurde, kommt nun die Fortsetzung auf die große Leinwand. Das neue Kinoabenteuer basiert ebenfalls auf der viel geliebten, allein in Deutschland 8 Millionen Mal verkauften Kinder- und Jugendbuchreihe, die in 26 Sprachen übersetzt wurde.

Auf der Wintersteinschule stehen die Feierlichkeiten zum 250. Schuljubiläum an. Dafür soll die Klasse von Miss Cornfield (Nadja Uhl) ein Musical über den Schulgründer einstudieren. Für Regisseurin Ida (Emilia Maier) wird schon das Casting eine Herausforderung, weil Oberzicke Helene (Emilia Pieske) einfach die Hauptrolle an sich reißt. Dabei ist das wahre Gesangstalent die schüchterne Anna-Lena (Lilith Johna), die sich niemals trauen würde, ins Rampenlicht zu treten! Stattdessen tut sie alles, um ihre Freundschaft mit Helene nicht zu gefährden. Erst durch ihr magisches Tier, Chamäleon Caspar (Stimme Rick Kavanian), kann sie über ihren Schatten springen. Ob Anna-Lena will oder nicht: Sie muss gegen Helene antreten! Auch Ida liegt mächtig mit Helene über Kreuz und das hat nicht nur mit dem Theaterstück

zu tun, sondern auch mit Jo (Loris Sichrovsky), den Helene mit allen Tricks für sich zu gewinnen sucht. Jos magisches Tier, der forsche Pinguin Juri (Stimme Axel Stein), stürzt mit seiner »Unterstützung« das Trio komplett ins Chaos. Als schließlich das gesamte Schuljubiläum ins Wasser fallen soll, weil auch noch seltsame Löcher auf dem Schulhof auftauchen, müssen die Kinder und ihre Tiere endlich lernen, worauf es in der magischen Gemeinschaft ankommt: Teamwork!

Inszeniert wurde der auf den wundervollen Geschichten von Margit Auer beruhende Kinofilm von Sven Unterwaldt. In den Hauptrollen sind wieder Emilia Maier, Loris Sichrovsky und Leonard Conrads zu sehen, die Verstärkung von Lilith Johna und Emilia Pieske erhalten. Zum prominenten Erwachsenenensemble gehören erneut Nadja Uhl, Milan Peschel, Justus von Dohnányi und Heiko Pinkowski.

Filmpädagogische Begleitmaterialien für den Schulunterricht werden kostenlos vom Filmverleih auf unserer GEW-Website sowie auf der Filmwebsite zur Verfügung gestellt. Kinovorstellungen für Schulklassen und Kindergruppen sind möglich. Einfach an ein Wunschkino wenden. Pädagogische Altersempfehlung: 6 bis 10 Jahre; 1. bis 4. Klasse. Der Film bietet insbesondere Anknüpfungspunkte für die Fächer Deutsch, Ethik/Religion, Kunst, Musik und eignet sich darüber hinaus für AGs sowie für fächerübergreifende Projekte.

Kinostart: 29. September 2022 • FSK: 0

Filmverleih: Leonine • Filmwebsite: <https://www.schule-der-magischen-tiere-film.de/> • Instagram: [https://www.instagram.com/dsdmt\\_film/?hl=de](https://www.instagram.com/dsdmt_film/?hl=de)  
FB: <https://www.facebook.com/SchuleDerMagischenTiere.Film>

Anzahl Plätze pro GEW-Mitglied: GEW-Mitglied + 1 oder GEW-Mitglied + eigene Kinder (dann auch mehr als 1).



**Sonntag, 2. Oktober 2022**

Da zum Redaktionsschluss Kino und Beginn der Vorstellung noch nicht bekannt waren, verweisen wir für diese Infos auf die Homepage der GEW Bayern: <https://www.gew-bayern.de/gewkino/>

**IN EINEM LAND, DAS ES NICHT MEHR GIBT**

Mit ihrem bewegenden, autobiografisch angelehnten Film zeigt die mehrfach preisgekrönte Filmemacherin Aelrun Goette eine für viele bisher unbekannte Seite der DDR.

Ostberlin, 1989: Kurz vor dem Abitur fliegt Suzie (Marlene Burawski) von der Schule und muss sich im Kabelwerk Oberspree als Arbeiterin bewähren. Ein zufälliges Foto in der Straßenbahn früh um halb fünf öffnet ihr die Tür in die glamouröse Welt der Mode von VHB Exquisit. Sie landet auf dem Cover des Modejournals Sibylle, der »Vogue des Ostens«, und Chefredakteurin Elsa Wilbrodt (Claudia Michelsen) eröffnet ihr so eine Chance, dem sozialistischen Fabrikalltag vielleicht doch noch zu entkommen. Suzie taucht ein in die schillernde Subkultur des Ostberliner Undergrounds, wo der homosexuelle Rudi (Sabin Tambrea) und seine Freunde mit leidenschaftlicher Fantasie ihre eigene Mode aus Duschvorhängen und sonstigem verfügbaren Material erfinden. Sie verliebt sich in den rebellischen Fotografen Coyote (David Schütter), dessen Bilder alle verzaubern, aber trotzdem nicht gedruckt werden. Auf seiner »Indian« fliegen sie zusammen ans Meer und Suzie erlebt die Freiheit, von der sie immer geträumt hat. Doch diese

Freiheit hat ihren Preis: Was ist es Suzie wert, ihren Traum zu leben?

IN EINEM LAND, DAS ES NICHT MEHR GIBT erzählt von der Modesezene der DDR. Von der legendären Kultur- und Modezeitschrift Sibylle, die mit beeindruckenden Fotoreportagen ein starkes und selbstbewusstes Frauen- und Schönheitsbild prägte, über die Luxusmarke Exquisit, die international für Aufmerksamkeit sorgte, bis hin zur Subkultur, wo kreative Freigeister Kollektionen aus Duschvorhängen entwarfen und mit fantasievollen Modenschauen ihren ganz eigenen Widerstand ausdrückten.

Vor allem aber handelt IN EINEM LAND, DAS ES NICHT MEHR GIBT von stillen Sehnsüchten und ausgelebten Träumen. Von kreativen Nischen und Widerständen. Von Rollenbildern und dem Umgang mit Homosexualität in der DDR. Von Ausgrenzung und Konformismus. Und dem zeitlos aktuellen Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung.

Vorstellungen für Schulklassen sind ab Kinostart möglich. Einfach an ein Wunschkino wenden. Filmpädagogisches Begleitmaterial wird kostenlos auf unserer GEW-Website sowie auf der Filmwebsite online gestellt. Der Film eignet sich insbesondere für die Altersklasse höhere Klassen SEK I, SEK II sowie für Berufs- und Fachschüler\*innen. Fächer: Deutsch, Geschichte, Kunst, Ethik, Politikwissenschaft, Philosophie, Sozialwissenschaften, Darstellendes Spiel, Medien sowie AGs und fächerübergreifende Projekte (z. B. im Kontext des Tages der Deutschen Einheit).

Kinostart: 6.10.2022

Trailer: <https://www.youtube.com/watch?v=UlnIpJgE8G0>

Filmwebsite: <https://www.youtube.com/watch?v=UlnIpJgE8G0>

Verleih: TOBIS

Anzahl Plätze pro GEW-Mitglied: GEW-Mitglied + 1

## Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

**Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (\*) ersetzt.**

**Altötting** Treffen nach Vereinbarung. \*

Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

**Ansbach** Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: [www.gew-ansbach.de](http://www.gew-ansbach.de)  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, [gew.kvansbach@gmail.com](mailto:gew.kvansbach@gmail.com)

**Aschaffenburg/Miltenberg** \* Kontakt: Monika Hartl, ☎ 069 22220939  
[mail4moni@gmx.de](mailto:mail4moni@gmx.de)

**Augsburg** Termine/Infos: [gew-augsburg.de](http://gew-augsburg.de),  
Treffen jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr, im Augsburger  
GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Katrin Fischer, [vertretung@gew-augsburg.de](mailto:vertretung@gew-augsburg.de)

**Bad Tölz/Wolfratshausen**

Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr  
Kontakt: Gisa Pfner-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

**Bamberg** Treffen: Jeden dritten Donnerstag im Monat um 19 Uhr im  
»Hofcafé«

Kontakt: hendrik.torner@gew.bayern, ☎ 0177 8502731

**Bayreuth/Kulmbach** Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer  
Ferien), 18.30 Uhr, Gaststätte »Die Laus«, Bayreuth, Hoffmann-Von-  
Fallersleben-Str. 24

Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

**Coburg** Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt

Kontakt: Jürgen Behling, kv.cokclif@gew.bayern

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr,  
Posthotel Traube Donauwörth

Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 09090 3986, [zerluth@web.de](mailto:zerluth@web.de)

**Erding** Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien)  
19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim

Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, [heidi.oberhofer-franz@gew.bayern](mailto:heidi.oberhofer-franz@gew.bayern)

**Erlangen** jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur  
telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat,  
18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,  
Kontakt: ☎ 09131 2065462, [info@gew-erlangen.de](mailto:info@gew-erlangen.de),  
[www.gew-erlangen.de](http://www.gew-erlangen.de)

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr  
Vogelgässler, Vogelstr. 16

Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, [andihartmann@web.de](mailto:andihartmann@web.de)

**Freising** \* Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

**Fürstfeldbruck/Dachau** \* Kontakt: Margot Simoneit

☎ 08141 539154, [margot.simoneit@gew.bayern](mailto:margot.simoneit@gew.bayern)

**Fürth** Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2, 90762 Fürth  
nach Vereinbarung

Kontakt: ☎ 0911 6589010, [mittelfranken@gew.bayern](mailto:mittelfranken@gew.bayern)

**Hof-Wunsiedel** Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat,  
abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: [www.gew-oberfranken.de](http://www.gew-oberfranken.de)

Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, [edekarl@yahoo.de](mailto:edekarl@yahoo.de)

**Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau**

Kontakt: Andrea Oberhofer@gew.bayern

**Kempten/Oberallgäu**

Kontakt: [schwaben@gew.bayern](mailto:schwaben@gew.bayern)

**Landshut/Westliches Niederbayern** \* Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag  
im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut

Kontakt: Markus Weinberger, [landshut@gew.bayern](mailto:landshut@gew.bayern)

**Lindau** \* Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183 • [gew-gerold@web.de](mailto:gew-gerold@web.de)

**Main-Spessart** \* Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768  
oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

**Memmingen/Unterallgäu** \* Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756,  
[gew-unterallgaeu@gmx.de](mailto:gew-unterallgaeu@gmx.de)

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** \*

Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

**München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen**

Termine: [gew-muenchen.de](http://gew-muenchen.de)

Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, [christiane.wagner@gew-bayern.de](mailto:christiane.wagner@gew-bayern.de)

**München Fachgruppe Gymnasien** \* Kontakt: Michael Hatala,

☎ 0176 39579577, [michael.hatala@gew-muenchen.de](mailto:michael.hatala@gew-muenchen.de)

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung**

Termin: Vgl. [gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/](http://gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/)  
Kontakt: [huf@gew-muenchen.de](mailto:huf@gew-muenchen.de)

**München Fachgruppe Realschulen** \* Kontakt: Michael Hemberger,  
[hembergermichi@gmail.com](mailto:hembergermichi@gmail.com)

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**

Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)

Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, [WolframWitte@gmx.net](mailto:WolframWitte@gmx.net)

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**

Treffen nachfragen \* [sozpaed@gew-muenchen.de](mailto:sozpaed@gew-muenchen.de)

Programm: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)

**München Lehramtskampagne an der Universität  
und GEW-Studierende**, Kontakt: [la-m@gew-bayern.de](mailto:la-m@gew-bayern.de)

**München AK Personalräte und Vertrauensleute**

monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, \*  
Kontakt: Mathias Sachs, [SachsMathias@aol.com](mailto:SachsMathias@aol.com)

**München AK Union Busting** \*

Kontakt: [ak-ub@gew-muenchen.de](mailto:ak-ub@gew-muenchen.de)

**München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)**

\* Kontakt: [daniela.kern@ajum.de](mailto:daniela.kern@ajum.de), ☎ 0170 5430455

**München GEW-Seniorinnen und Senioren**

Jour-fixe-Termine nachfragen \*

Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

**Neumarkt/Oberpfalz**

Treffen nachfragen\*

Kontakt: [sigrid-schindler@web.de](mailto:sigrid-schindler@web.de)

**Neu-Ulm/Günzburg**

Treffen: monatlich, \* Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen  
Traube, Witzighausen

Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396,  
[ulrich.embacher@gmail.com](mailto:ulrich.embacher@gmail.com)

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** \*

Kontakt: Steffi Ungethüm, [Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de](mailto:Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de)

**Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**, Monatliche Treffen.

Kontakt: Mario Schwandt, [sozpaedberufe@gew-nuernberg.de](mailto:sozpaedberufe@gew-nuernberg.de)

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken**

Treffen nachfragen\*

Kontakt: K. Höbner: [khoebner@posteo.de](mailto:khoebner@posteo.de) und  
F. Kohl: [florian.kohl@gew.bayern](mailto:florian.kohl@gew.bayern)

**Nürnberg/Fürth** offener Stammtisch für alle Fachgruppen \*

Kontakt: [gew-mittelfranken@nefkom.net](mailto:gew-mittelfranken@nefkom.net), ☎ 0911 6589010

**Nürnberg Büro für Lebenserfahrung**

Aktivitäten und Infos: [gew-nuernberg.de](http://gew-nuernberg.de)

Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, [wastreidl@yahoo.de](mailto:wastreidl@yahoo.de)

**Nürnberger Land** \* Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064,

[gerd.schnellinger@gew.bayern](mailto:gerd.schnellinger@gew.bayern)

**Passau/Östliches Niederbayern** Treffen alle zwei Monate

Kontakt: Tobias Korter, [kv-passau@gew.bayern](mailto:kv-passau@gew.bayern)

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat

20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern

Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, [Lang-Reck@t-online.de](mailto:Lang-Reck@t-online.de)

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im »Stefanos«,

Ostengasse 16 (»Brandlbräu«), Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb

der Ferien von 18.00-19.00 Uhr im Büro in der Obermünsterstr. 4

Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

**Roth/Schwabach/Hilpoltstein** \*

Kontakt: Joscha Falck, [gew.rh-sc@gmx.de](mailto:gew.rh-sc@gmx.de)

**Schweinfurt** jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Gaststätte Sperber

Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755,

[manfred.schwinger@asamnet.de](mailto:manfred.schwinger@asamnet.de)

**Weiden** jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten \*

[raul.vitzthum@gew.bayern](mailto:raul.vitzthum@gew.bayern), Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

**Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen** \*

Kontakt: Elisabeth Schlichte, [wm-sog-gap@gew.bayern](mailto:wm-sog-gap@gew.bayern)

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino

Kontakt: Harald Morawietz, [post@gew-wug.de](mailto:post@gew-wug.de), [gew-wug.de](http://gew-wug.de)

**Würzburg** monatliche Treffen, \*

19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg

Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, [presse@gew-unterfranken.de](mailto:presse@gew-unterfranken.de)